

und den Zusammenhalt unter ihren Mitgliedern stärken, und dass diese Organisationsstruktur nicht monolithisch festgeschrieben ist, sondern die Gemeindemitglieder über die Fähigkeit verfügen, sie immer wieder weiterzuentwickeln und an den sich verändernden Kontext anzupassen. Mit der Vorstellung der politischen Gremien, der ökonomischen Organisation und der internen Regeln habe ich die wichtigsten Aspekte der formalen Organisation der Friedensgemeinde umrissen und ihre Realisierung in der Praxis beschrieben.¹⁶ Wie sich die Friedensgemeinde bis in das Jahr 2017 weiterentwickelt hat und welche Erfahrungen ihre Bewohner_innen in dieser Zeit gemacht haben, werde ich im folgenden Abschnitt thematisieren.

3.3. Entwicklung bis in die Gegenwart: ‚Das ist was für Mutige‘

Viele Leute glauben, das ist verrückt. Aber dieser Prozess ist so wertvoll, weil er Leben inmitten des Krieges generiert, trotz vieler Massaker, selektiver Morde, Vertreibungen, Enteignungen, die wir erleben mussten. Aber man kann hier auch sehen, zu was wir in der Lage sind: Wiederbesiedlungen durchführen, Land wieder kultivieren, Schulen bauen, Wohnhäuser für alle konstruieren, überhaupt weiterhin Dinge konstruieren. Und wir werden weiterhin daran glauben, dass die Bauern ein gerechtes Leben haben sollten, ohne all die Ungerechtigkeiten, die wir kennengelernt haben. Und wir werden weiter für unser Land kämpfen, denn ein Bauer ohne Land ist wie ein Kind ohne Mutter. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

In diesem Unterkapitel werde ich die Entwicklung der Friedensgemeinde vom Zeitpunkt ihrer Gründung bis zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthaltes im Jahr 2017 und anhand verschiedener historischer Momente nachzeichnen. Diese Entwicklung lässt sich in zwei Perioden einteilen: Die Zeit von ihrer Gründung 1997 bis 2007 war geprägt von direkter physischer Gewalt gegen ihre Bewohner_innen. In diesen Zeitraum fallen mehrere Massaker und Vertreibungen. Die Mehrzahl der etwa 230 gezielten Morde an den Bewohner_innen wurde in diesem Zeitraum begangen. Die Weigerung der kolumbianischen Justiz die große Mehrheit dieser Fälle aufzuarbeiten und zu verfolgen, führte zu einem weitestgehenden ‚Abbruch‘ der Zusammenarbeit der Friedensgemeinde mit staatlichen Institutionen. Im Zeitraum von 2007 bis 2017 nahmen die Morde und Massaker ab. Zeitgleich kam es zu einer Reihe von teils regionalen und teils nationalen Entwicklungen, wie bspw. die Einführung des Koka-Anbaus in der Serranía de Abibe

16 Natürlich ist auch diese Beschreibung nicht erschöpfend, sondern – wie alle ethnographischen Beschreibungen – eine „partial truth“ (Clifford 2010), was einerseits durch die in der Einleitung thematisierte Positionierung von mir als Forscher und meiner Forschung bedingt ist, andererseits aber auch durch die Forschungsbedingungen in einer Konfliktregion. Als ich bspw. während einer meiner Forschungsaufenthalte eine klassische ethnologische Haushaltsstudie machen wollte, wurde mir das zu meiner eigenen Sicherheit untersagt. Ich könne als ‚Gringo‘, also als nordamerikanisch erscheinender Ausländer, hier nicht durch die Gegend laufen und die Menschen nach ihren ökonomischen Einkommen und vor allen Dingen nicht nach den Landbesitzverhältnissen fragen – so lautete das Argument dagegen. Ohne die Bedrohung genau zu benennen, verbot mir der Interne Rat dies zu tun.

oder die Verabschiedung eines nationalen Opfergesetzes, die nicht zwingend gezielt die Friedensgemeinde schwächen sollten, deren Auswirkungen dies aber auf eine wesentlich subtilere Weise taten, als die direkte Gewalt es zuvor geschafft hatte. Gleichzeitig wurden die Bewohner_innen der Gemeinde weiterhin bedroht und die Beziehungen zu staatlichen Institutionen blieben unverändert distanziert trotz eines nationalen Friedensprozesses ab dem Jahr 2012, an dem sich auch die Friedensgemeinde beteiligte.

Erstreaktionen

Die ursprüngliche Hoffnung der Bewohner_innen San Josés, von den bewaffneten Akteuren respektiert zu werden, zerschlug sich im Prinzip sofort nach ihrer Deklaration zu einer Friedensgemeinde. Bereits nach wenigen Tagen kam es in den wenigen noch bewohnten Weilern zu Gefechten zwischen der Guerilla, paramilitärischen Gruppen sowie dem Militär. Die Gemeindemitglieder wurden bedroht und auch die ersten Morde ließen nicht lange auf sich warten, was der Bauer A.T. folgendermaßen erinnerte:

Als sich die Gemeinde zur Friedensgemeinde erklärte, am 23. März, kam sofort eine paramilitärische Bedrohung. Sie gaben uns drei Tage, um die Weiler zu verlassen. Die Leute sollten gehen, wenn nicht, würden sie keine Verantwortung übernehmen und alles zerstören, was sie antreffen. Für die wenigen Familien, die noch in den letzten übrig gebliebenen Weilern waren, war das wie der erste Schlag. Die Gemeinde gründete sich und sofort schickten uns die Paramilitärs eine handfeste Bedrohung, damit die Gemeinde beendet sei, die sich gerade erst gegründet hatte. Aber die Leute..., wir sind ein bisschen dickköpfig, würde ich sagen. Wir gingen auf die Bedrohung nicht ein. Die Leute sagten: ‚Wir werden sehen, was passieren wird. Wenn sie kommen, sagen wir ihnen, dass wir hierbleiben werden, dass wir nicht gehen bräuchten, da wir mit nichts etwas zu tun haben.‘ Aber die Paramilitärs machten ihre Drohung wahr. Nach drei Tagen begannen paramilitärische Operationen in der Region, das Militär kam, es kam zu Gefechten mit der Guerilla, das war ein Kriegsszenario und die Botschaft war klar. Alle Leute mussten raus. Die, die die Weiler verließen, kamen nach San José in den Dorfkern. Vier Tage nach der Gründung, das war sofort. Und obwohl wir nur mit wenigen Familien hierblieben, hatten wir die Illusion und Hoffnung, dass wir hierbleiben könnten, dass wir vielleicht eine Woche später zu den Weilern zurückkehren könnten und dass dieser enge Zusammenschluss der Leute nicht lange anhalten müsste. Aber die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass dem nicht so ist. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Allein in der Osterwoche, die sich an den 23. März 1997 anschloss, wurden sieben Bauer_innen, darunter ein Junge mit mentalen Problemen, von Soldat_innen ermordet und als im Gefecht gefallene Guerilleros ausgegeben (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 32–33). Bis zur Mitte des Jahres 1997 wurden alle Zivilpersonen aus den Weilern vertrieben. Am 17. Mai desselben Jahres, keine zwei Monate nach der Deklaration, wurde mit Francisco Tabarquino das erste Mitglied des Internen Rates von Paramilitärs ermordet. Am 6. Oktober, knapp sechs Monate nach der Deklaration, wurde mit Ramiro Correa das zweite Mitglied des Internen Rates von der Guerilla ermordet. Laut der Bäuerin A.U., kam es in den ersten Monaten zu einer Reihe von Missverständnissen und Fehlinterpretationen

sowohl bei den Bewohner_innen der Zone, die nicht Mitglieder der Friedensgemeinde waren, als auch bei den bewaffneten Akteuren. So entwickelten sich und kursierten verschiedene Gerüchte, die laut A.U., die Morde seitens der Guerilla zur Folge hatten, wie z.B. der an Ramiro Correa:

Ramiro Correa war eine Person, die sich sehr für die Gemeinde einsetzte. Er war sehr aktiv, versammelte die Leute der Zone, erklärte ihnen, was wir vorhaben mit der Gemeinde. Aber diese Leute begannen, ich weiß nicht wie, Gerüchte zu streuen. Klar erschien das am Anfang radikal, wir achteten zum Beispiel darauf, dass die Leute nicht zu viele Einkäufe aus San José mit in die Weiler nehmen. Sie sollten nur wenig mitnehmen, um keine Probleme mit den Paras zu bekommen. Aber das verstanden viele nicht. Also begannen sie zu sagen, dass wir nicht wollten, dass die Leute genug zu essen hätten, dass wir sie nicht genug einkaufen ließen. So ging das bis sie ihn umbrachten. Sie gingen einen Weg in Stand setzen, den Weg zum Weiler La Cristalina. Als sie dort hingingen schnappten sie ihn und zwei andere und töteten sie. Die Guerilla tötete ihn wegen der Gerüchte der Leute, die die Dinge nicht verstanden. Zum Beispiel, wenn ich einen Laden gehabt hätte, hätte ich dir nicht mehr als fünf Panela, fünf Pfund Reis und eine Flasche Öl verkauft, so etwa. Weil man ihnen nun nicht sehr viel verkaufte, wurden die Dinge falsch interpretiert. Jetzt waren wir plötzlich Sympathisanten der Paramilitärs, die nicht wollten, dass die Leute auf dem Land genug zu essen hätten, und die gegen die Guerilla sind und all das. Das ging bis dahin, dass sie ihn umbrachten. (A.U., 18.03.2008, San José de Apartadó)

Neben Hinweisen auf alltägliche Schutzstrategien, wie in diesem Fall nicht zu viele Nahrungsmittel mitzunehmen, lässt sich aus der Schilderung der Bäuerin A.U. die zentrale Bedeutung von Gerüchten in Konfliktregionen herauslesen, auf die bereits eine ganze Reihe von Anthropologen in unterschiedlichen Arbeiten hingewiesen haben (Vgl. Feldman 1995, 229–35; Taussig 1984; 2005; Das 2007). Sie sind häufig die einzige Quelle für Informationen, können, richtig interpretiert, Leben retten, aber auch fatale Folgen nach sich ziehen. Die tödliche Konsequenz falscher Gerüchte unterstreicht letztendlich die Notwendigkeit in einer solchen Zone als eine organisierte Gemeinde ihre Position unmissverständlich zu kommunizieren.

Obwohl natürlich die wenigsten Morde an den Mitgliedern der Friedensgemeinde aus dem Missverständnis ihrer Position resultierten, sondern genau aus dem Gegenteil, dass diese Position von den bewaffneten Akteuren zwar verstanden, aber nicht akzeptiert wurde. Die tödlichen Angriffe auf die Friedensgemeinde waren in den ersten Monaten und Jahren massiv und wurden brutal ausgeführt. Die Bäuerin M.B. erinnerte sich bspw. noch sehr genau daran, wie Aníbal Jiménez, ein weiteres Mitglied des Internen Rates, am 4. April 1999 vor den Augen seiner Kinder erschossen wurde:

Beim Tod von Aníbal, gut, da war das Militär sehr nah am Dorfkern von San José, als ein Paramilitär mit einem Auto herumfuhr und spionierte. Er drehte Runden durch San José und spionierte, wo die Führer wohnten und so. Als die Paramilitärs eindrangten, zogen sich die Soldaten zurück. Sie drangen ein und gingen direkt dorthin, wo sich Aníbal aufhielt. Sie stießen das Fenster auf und schrien hinein, dass er rauskommen solle. Und wenn er nicht rauskäme, würden sie ihn zusammen mit seinen Kindern

erschießen. Er kam nur bis zum Salon. Er schlief gerade im Gemeindehaus, da war er untergekommen. Er kam also raus bis zum Salon und da schossen sie vom Fenster aus. Sie erschossen ihn mitten im Salon. Eines der Kinder, der älteste warf sich auf ihn. Sie sagten ihm, er solle aus dem Weg gehen oder sie würden ihn auch erschießen. Also stand das Kind auf und ging wieder nach hinten, wo sie gerade aßen. Da gaben sie ihm den Gnadenschuss. Sie gaben Aníbal den Gnadenschuss in Anwesenheit seiner Kinder. Sie sahen, wie sie ihn erschossen. Das war sehr hart für die Kinder, sehr hart. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Aníbal Jiménez war nicht nur Mitglied des Internen Rates, sondern auch Lehrer und in dem ersten Komitee für Bildung äußerst aktiv. Die Schule der Gemeinde wurde nach seinem Tod und zu seinem Gedenken nach ihm benannt. Er komponierte auch eine Hymne für die Friedensgemeinde, die zu allen passenden und unpassenden Momenten erklingt. Am Tag seiner Ermordung wurden noch drei weitere Personen umgebracht, wovon eine Person verblutete, nachdem die Paramilitärs ihr den Bauch mit einer Machete geöffnet hatten (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 53–54). Allein bis zum Ende des Jahres 1997 wurden 47 und bis zum Ende des Jahres 2000 circa 100 Bewohner_innen der Friedensgemeinde sowohl von der paramilitärischen Gruppe ACCU, den öffentlichen Streitkräften als auch der Guerilla FARC ermordet.

Retornos

Trotz dieser unmittelbaren Übergriffe waren die Bewohner_innen nicht bereit, ihre neue Organisation als Friedensgemeinde sofort wieder aufzugeben oder gar die Region zu verlassen. Ganz im Gegenteil begannen sie Strategien zu entwickeln, um die Ländereien, die durch die Vertreibungen geräumt werden mussten, wieder ‚zurückzuerobern‘. Die Vollversammlung beschloss sogenannte ‚retornos‘, also Wiederbesiedlungen, zu organisieren. Dazu warteten die Bewohner_innen ab, dass sich die Situation in einem Weiler beruhigte und die Präsenz bewaffneter Gruppen abnahm. Dann bereitete eine Gruppe von Familien, die aus den entsprechenden Weilern kamen und dorthin wieder zurückkehren wollten, zunächst die landwirtschaftlichen Flächen vor und baute die Häuser wieder auf. Ähnlich der ‚Colonos‘ bei der Besiedlung der Zone (siehe hierzu Kapitel 2.3), zogen diese Familien pünktlich zur ersten Ernte der neu bestellten Felder als Gruppe zurück auf den Weiler, von dem sie zuvor vertrieben wurden. Der erste Weiler, der auf diese Art wieder besiedelt wurde, war am 24. März 1998, also ein Jahr nach der Gründung der Friedensgemeinde, der Weiler La Unión. Die Bäuerin M.B. erzählte mir von dieser ersten Rückkehr:

Damals, im Jahr 1998 organisierten wir den ersten ‚retorno‘, der zum Weiler La Unión ging. Das war eine große Freude. Als wir das erste Mal hochgingen, um die Felder zu säubern, schrien wir vor Freude, denn wir bearbeiteten die Felder, um Leben zu säen. Eine Rückkehr bedeutet Leben zu säen, denn wir säten für unsere Ernährung. Ich glaube, für uns war der ganze Prozess der ersten Rückkehr zu einem unserer Weiler sehr wichtig. Denn mit dieser von der Gemeinde organisierten Rückkehr betraten die Leute wieder ihr Land, auf dem sie geboren worden sind und wo sie ihr Leben lang gelebt haben. Wir arbeiteten weiter, denn wir wollten nicht nur zur Unión zurückkehren. Wir

dachten über andere Wiederbesiedlungen nach und das tun wir immer, nicht nur zu dieser Zeit, auch jetzt. Wir denken über diese Wiederbesiedlungen nach, damit auch die Leute zurückkehren, die nach Medellín, Bogotá oder in andere Landesteile geflohen sind, damit auch sie zu ihrem Land zurückkehren. Deshalb war die erste Rückkehr zum Weiler La Unión für uns so wichtig. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Diese Wiederbesiedlungen wurden zu einer permanenten Strategie, die nicht nur den Zweck erfüllte, dass die Bewohner_innen auf ihr Land zurückkamen, sondern auch, allgemein den bewaffneten Gruppen und damit dem bewaffneten Konflikt, die Kontrolle des Territoriums streitig zu machen sowie den Einflussbereich der Friedensgemeinde auszuweiten. Wie zentral und symbolisch aufgeladen dabei das schon von M.B. betonte Kultivieren des Landes für die Bäuerinnen war und ist, unterstrich auch der Bauer J.S. nochmals, der im Jahr 1998 Teil der Familien war, die zurück in den Weiler La Unión kehrten:

In San José vertrieben zu sein und dann zurückzuziehen in den Weiler La Unión, und dann zurückzuziehen nach Arenas, La Esperanza, Mulatos, das sind Schritte des Lebens, ja! Das sind Schritte des Lebens, denn wenn man rausgeht, um sein Land zu kultivieren, dann ist es, um davon leben zu können. Das ist unser Leben. Und dann in diesen Umständen, ermordete Führer, vertriebene Personen, deshalb ist es so wichtig, unser Land wieder zurückzubekommen, weil wir leben wollen. Das ist ein schwerer Kampf, aber hier stehen wir. (J.S., 08.04.2008, San José de Apartadó – La Unión)

Wie ein ‚retorno‘ aussehen kann, konnte ich während meines Forschungsaufenthaltes im Frühjahr 2008 erleben, als die Friedensgemeinde gerade einen solchen zu dem Weiler Mulatos organisierte, den die Bewohner_innen in verschiedenen Schüben seit dem Jahr 2003 und letztendlich nach einem Massaker im Jahr 2005 verlassen hatten:

Der Weiler Mulatos liegt etwa acht Stunden Fußmarsch vom Dorfkern San José entfernt. Es war das erste Mal, dass ich so weit in die Serranía hineinging. Nachdem wir den endlosen Anstieg auf den Berg Chontalito hinter uns gebracht und dabei auch zwei Guerilla-Patrouillen passiert hatten, erreichten wir – G.T., eine Lehrerin, ein Mauleseltreiber und ich – den Weiler Mulatos in der Dunkelheit der früh einbrechenden Nacht. Die Spuren des Konfliktes waren auch im Schein der Taschenlampe auf den ersten Blick zu erkennen. Etwa fünfzehn Personen hatten ihre Hängematten in den Resten eines fast vollständig zerstörten Haus aufgespannt, dessen Türen und Fenster fehlten und vor dem, freistehend wie ein Mahnmal, die Reste einer zerschossenen Toilettenschüssel standen. Das rostrote Wellblechdach hatte genau in der Mitte ein circa zwei Quadratmeter großes Loch, unter dem sich das Regenwasser zu einer Pfütze sammelte, bevor es im festgetretenen Lehm-boden langsam versickerte. In den Hängematten liegend, die um das Loch herum dicht an den Wänden gespannt waren, konnte man die langsam vorbeiziehenden, hell erleuchteten Sternbilder beobachten. Die Wände wurden mit Holzbalken abgestützt, an denen Unterwäsche zum Trocknen hing. Es gab keine einzige Stelle an diesen Wänden, an denen paramilitärische und militärische Einheiten nicht Schmierereien, Beleidigungen oder obszöne Krakeleien hinterlassen hatten, die genau die Bevölkerung bedrohten, die neben diesen in den Hängematten lag. An diese Ruine war ein kleines Häuschen angebaut, das als provisorische Behelfsküche diente. Es war das soziale Zentrum des ‚retornos‘, Ausgangspunkt der täglichen Arbeiten, Ort der Planung, Quelle der Ernährung, Erholung und Zerstreuung.

Mich beeindruckte der Gestaltungswille dieser Gruppe von Personen. In keiner anderen Situation stand mir die Bedeutung der Friedensgemeinde so klar vor Augen wie während dieser Tage des ‚retornos‘ nach Mulatos. Nicht nur der Ort war gezeichnet von den Spuren des Konfliktes, auch die Personen. Die erste Frau, die sich mit mir unterhielt, war Mitte 30 und erzählte mir ohne Umschweife, dass sie bereits zweimal verwitwet war, weil nicht nur ihr erster, sondern auch ihr zweiter Mann von Paramilitärs ermordet worden war. Dieselbe Frau stand jeden Morgen als erstes auf, um Feuer zu machen und den Kaffee für den beginnenden Arbeitstag zu kochen. Die Tage begannen früh, etwa gegen 5:30 Uhr. Sowohl die dicht gespannten Hängematten als auch das laute Singen, Pfeifen und Reden der bereits Erwachenden sorgte dafür, dass alle munter wurden. Das Frühstück bestand, wie alle Mahlzeiten, aus Reis und Bohnen und wurde aus Mangel an Geschirr nacheinander zu sich genommen. Die meisten beeilten sich mit dem Essen und waren kurz nach dem Aufstehen schon auf dem Weg zu ihren Aufgaben. Im Kern bestand der ‚retorno‘ in der Wiederherstellung der infrastrukturellen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Kleinbäuer_innen in diesem Weiler. Dementsprechend teilten sich die an dem ‚retorno‘ beteiligten Personen jeden Tag auf. Einige füllten Bäume, andere sägten Holzbretter und -pfähle zu und wieder andere bauten damit dann die neuen Holzhäuser auf. Ein anderer Teil der Gruppe säuberte die alten Kakao-Plantagen vom Wildwuchs oder legte neue Felder mit Mais und Bohnen an. Das Mittagessen wurde in der Behelfsküche gekocht und allen Arbeiter_innen gebracht, die es auf Holzbalken sitzend, zwischen Kakaopflanzen hockend oder gleich im Stehen verschlangen. Sie kamen erst abends gegen 19 Uhr, nach Einbruch der Dunkelheit, zu dem zerstörten Haus zurück. Dort fanden sie sich alle in der Küche ein, setzten und hockten sich erschöpft in die Ecken. Im Schein des Küchenfeuers erzählten sie sich dann Geschichten und Witze, imitierten Personen, sangen Lieder, diskutierten und planten die Zukunft des Weilers. Der Bauer G.T., der mehrfach in Europa gewesen war, berichtete in anschaulichen Anekdoten über die Besonderheiten bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Deutschland oder von den Ideen der freien Liebe einer Kommune in Portugal.

Die Bedeutung dieser Wiederbesiedlungen von Weilern, aus denen die Bewohner_innen vertrieben wurden, liegt aber nicht allein in der Wiederaneignung sozio-ökonomischer Lebensgrundlagen oder der Ausweitung des territorialen Einflusses der Friedensgemeinde. Diese ‚retornos‘ sind eine symbolische Wiederaneignung von Orten, an denen Morde und Massaker geschehen sind, die Erinnerungen und Assoziationen von Angst und Terror hervorrufen und in denen sich die Spuren der Gewalt wortwörtlich eingeschrieben haben, wie in die Wände der Häuser. Ohne diese Bedeutungen und Erinnerungen auslöschen oder wegwischen zu wollen, eignen sich die Bewohner_innen diese Orte wieder an. Sie überschreiben sie mit neuen Bedeutungen, fügen Zukunftsvisionen hinzu und verwandeln auf diese symbolische Weise einen „Space of Death“ (Taussig 1984) in einen „Space of Life“ (Courtheyn 2016, 18). Trotz bzw. genau wegen solcher Strategien der Friedensgemeinde, mit denen sich die Bewohner_innen der Konfliktodynamik von Verfolgung, Gewalt und Vertreibung entzogen sowie die Interessen der bewaffneten Akteure unterliefen, nahmen die Drohungen und die Repressionen gegen die Mitglieder der Friedensgemeinde in den ersten Jahren ihrer Existenz drastisch zu.

Straßensperren, Zerstörungen, Raub

Die Verfolgung der Friedensgemeinde zeigte sich allerdings nicht nur in direkter physischer Gewalt gegen die Bewohner_innen. Sowohl das Militär als auch paramilitärische Gruppen versuchten durch Blockaden und Straßensperren die Versorgung der Gemeinde mit Lebensmitteln oder Medikamenten sowie ihre Beziehungen zu lokalen Händler_innen zu unterbinden und ihre landwirtschaftlichen Produkte bzw. die Einnahmen aus ihrem Verkauf zu rauben. Wenn die Friedensgemeinde diese Straßensperren bei staatlichen Institutionen anzeigte, negierten sie die Existenz dieser, wie bspw. der Bauer J.E. erzählte:

Auf der Verbindungsstraße zwischen San José und Apartadó existierte mal für neun Monate eine paramilitärische Straßensperre, nicht weit entfernt von einem Militärposten. Dort haben sie eine ganze Reihe Menschen ermordet. Jedes Mal, wenn wir mit staatlichen Institutionen sprachen, z.B. mit der 17. Brigade, sagten sie uns, es gäbe keine paramilitärische Straßensperre, während sie dort gemeinsam patrouillierten. Historisch ist der Paramilitarismus hier in der Region eng verknüpft mit der 17. Brigade, genauso wie mit Unternehmern und rechten Politikern. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

An diesen paramilitärischen Straßensperren, die über die Jahre immer wieder installiert wurden, wurden einerseits gezielt Personen herausgesucht, ermordet oder verschwunden gelassen. Einen Eindruck von dem Ausmaß und der Anzahl dieser Verbrechen, die entlang der etwa 12 Kilometer langen Verbindungsstraße zwischen Apartadó und San Jose de Apartadó begangen wurden, gibt Giraldo (Vgl. bspw. 2010, 37–43, 53–60). Andererseits wurde aber auch der Transport von Nahrungsmitteln nach San José de Apartadó unterbunden, wie der Bauer G.T. im Folgenden Interviewauszug berichtete:

Die Blockaden, mit denen die Gemeinde belegt war, waren Dinge, die schwierig zu überbrücken waren. Zum Beispiel die Blockaden von 2002. Na ja, es gab immer unterschiedliche Formen von Blockaden, wenn die Leute nicht zu ihrem Land zurückkönnen, ist das auch eine Blockade. Aber wenn sie dich auf eine Art blockieren, dass sie dir kein Pfund Salz oder Reis auf der Straße durchlassen, das ist echt hart. Denn angeblich sei das alles für die Guerilla gewesen. Also von Apartadó zu der Gemeinde ließen sie die Bauern nicht mal Medikamente mitnehmen, praktisch konnte man nichts mitnehmen. Das ging so weit, dass alle die von hier in die Stadt runterfuhren, denen dort unten bereits bekannt waren. Man ging zum Markt und sofort sagten sie: ‚Señor, ich kann ihnen nicht mehr verkaufen als für 20.000 Pesos zu haben ist.‘ Und man fragte sich: ‚Mmh, woher kennt er mich?‘ Sie sagten dir direkt: ‚Sie kommen aus San José, ich kann ihnen nicht mehr als für 20.000 Pesos verkaufen.‘ Man ging zur Apotheke und sie sagten dir: ‚Ich kann ihnen leider keine Medikamente verkaufen, sie kommen aus San José.‘ Man war überwacht, mitten in der Stadt, wiedererkennbar für alle. Darüber hinaus haben sie den Fahrern der Chiveros verboten, Einkäufe für mehr als 20.000 Pesos oder Medikamente mitzunehmen. Es gab Paramilitärs am Busbahnhof, zwar in Zivil, aber

bewaffnet, die kontrollierten alles. Das war eine unglaubliche Kontrolle. Das war eine Geschichte, die einen prägt. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Die Schilderungen G.T.s beschreiben Kontrollmechanismen paramilitärischen Agierens, die sich nicht nur auf ihr eigentliches militärisches Objekt fokussieren, in diesem Fall die Friedensgemeinde, sondern Dritte in ihre Strategien einbinden. Ähnliches hat Taussig in seinem ‚diary of a limpieza‘ (2005) über die ‚sozialen Säuberungen‘ paramilitärischer Gruppen berichtet. Die Kontrolle funktioniert so absolut, weil die Dritten ihr eigenes Leben riskieren, wenn sie sich den Anordnungen der paramilitärischen Gruppen, nicht mit der Friedensgemeinde zu kollaborieren, widersetzen. Diejenigen, die das militärische Objekt dieser Kontrollmechanismen sind, erfahren darüber eine Art öffentliche Brandmarkung. Ohne, dass sie sich äußerlich von anderen Bewohner_innen der Region unterscheiden, werden sie erkennbar, stigmatisiert und isoliert. Dieses Stigma ist eine soziale Verurteilung. Ohne dass die Verurteilten persönlich bekannt wären, gelten sie als Guerilleros oder Sympathisant_innen der Guerilla. Als einzelne Person ist es unmöglich, diese Isolation zu umgehen. Jedoch fand die Gemeinde einen Weg, die Blockade zu durchbrechen, wie mir G.T. fortfuhr zu berichten:

P.N.: Und was habt ihr da gemacht?

Die Gemeinde musste sich etwas einfallen lassen und organisierte die Leute. Wir gingen nach Apartadó und durchdrangen die Blockade. Wir gingen zu Fuß, mit Mauleseln und Pferden. Wir machten einen Fußmarsch mit etwa 150 Personen. Viele gingen nicht aus Angst. Sie wussten nicht, was passieren würde. Schließlich waren das Paramilitärs, die die Straße blockierten. Aber gut, wir gingen mit den 150 Personen. Wir gingen und kamen bis zum Busbahnhof. Und dort kauften wir ein. Jeder kaufte so viel, er konnte. Und dann gingen wir wieder zurück nach San José. Das war eine Geschichte, die mir im Gedächtnis bleibt. Das vergesse ich nicht so schnell. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Aus diesen anfänglichen Fußmärschen entwickelte sich mit der Zeit die Strategie der ‚humanitären Kommissionen‘, die im vorherigen Abschnitt bereits erwähnt wurde und die im Kapitel 4.2 noch detaillierter thematisiert werden soll. Die Blockade zu überwinden und wieder in Apartadó einkaufen zu können, ging also nur zusammen und in Gemeinschaft, wie der Bauer A.T. bereits im Kapitel 3.2 erklärte.

Wie groß die Gefahr tatsächlich für Dritte ist, zeigt die Tatsache, dass während dieser Blockade im Frühjahr 2002 vier Fahrer_innen der öffentlichen Transportmittel ermordet wurden, die das Dorf San José de Apartadó mit der Stadt Apartadó verbinden. Sie wurden ermordet, weil sie Einkäufe der Friedensgemeinde transportierten. Daraufhin existierte für mehrere Monate überhaupt kein öffentlicher Verkehr mehr zwischen San José und Apartadó (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 59). Aber nicht nur der Transport von Nahrungsmitteln nach San José de Apartadó wurde an diesen Straßensperren blockiert, sondern auch der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, die in San José de Apartadó produziert wurden, unterbunden, indem sie entweder nicht durchgelassen oder gleich gestohlen wurden. Bei Giraldo ist bspw. nachzulesen, wie Paramilitärs im Jahr 2001 einen LKW mit 7.100 Kilogramm Kakao stahlen (Vgl. 2010, 63). Einen anderen Diebstahl erlebte der Bauer G.T., wie im Interview weiter oben kurz erwähnt,

der im Jahr 2003 die Einnahmen aus dem Kakao-Handel in Höhe von 24 Millionen Pesos von einer Bank in Apartadó abholte, um sie zwischen den Kakaoproduzent_innen der Gemeinde aufzuteilen, und auf dem Weg nach San José de Apartadó von Paramilitärs überfallen wurde. Besonders delikant an diesem Überfall war, dass er das Geld nicht nur in Begleitung von *Peace Brigades International* transportierte, sondern in deren weißen Jeep unterwegs war, auf dem groß das Symbol dieser internationalen Organisation prangte (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 93). Auch diese Handelsblockaden richteten sich nicht ausschließlich gegen die Bewohner_innen der Friedensgemeinde, sondern ebenfalls gegen Dritte, die mit ihnen handelten. Im Dezember 2007 wurde bspw. mit dem Händler Alfonso Úsuga einer der wichtigsten lokalen Abnehmer von landwirtschaftlichen Produkten der Friedensgemeinde von Paramilitärs ermordet. In Apartadó lebend, unterhielt er enge Beziehungen zur Friedensgemeinde, sympathisierte mit ihr und verteidigte ihre Positionen (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 84). Im April 2012 ereignete sich ein ähnlicher Fall, bei dem der Händler Luis Felipe Salamanca auf der Verbindungsstraße zwischen Apartadó und San Jose de Apartadó erschossen wurde (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 34).¹⁷

Andere Zerstörungen und Diebstähle fanden direkt im Dorf von San José de Apartadó statt. Wie diese aussehen konnten, dazu gab die Bäuerin A.U. einen lebhaften Eindruck aus einem Überfall einer paramilitärischen Gruppe vom 5. März 2001.¹⁸ A.U. hatte sich nach ihrer Vertreibung aus dem Weiler Arenas dazu entschieden, in San José de Apartadó zu bleiben, und hatte dort einen kleinen Laden aufgebaut:

Einmal kamen sie nach San José und steckten ein paar Läden in Brand. Sie ließen mir nur Ruinen zurück. Ich habe mir durch viel arbeiten einen kleinen Laden aufgebaut, ich hatte sogar einen Kühlschrank. Ich hatte den Kindern einen Fernseher gekauft. Und an diesem Tag kamen sie und schütteten über alles Benzin und steckten alles in Brand. Sie brachten mich nicht um, denn an diesem Tag kamen sie nicht um jemanden umzubringen. Zuerst rannte mein Junge an mir vorbei und schrie: ‚Macht, dass ihr wegkommt, die Paramilitärs sind hier.‘ Sie machten öfter Scherze damit, wir waren es schon leid ihnen zu sagen: ‚Macht nicht diese Witze, das ist nicht lustig.‘ Aber dann sah ich, wie er sich versteckte, er rannte in ein kleines Feld mit Kakao hinter San José. Als ich sah, dass er da hinrannte und schrie: ‚Rennt, die Paras sind da‘, glaubte ich ihm, aber es war schon zu spät zum Rennen. Also ging ich ins Haus und verschloss die Tür. Ich hatte nicht mal Zeit, sie richtig zuzumachen, sondern drückte von innen dagegen. Da kamen die Typen schon am Haus vorbei und sagten: ‚Das ist das Haus von A.. Ey kommt raus, alles rauskommen.‘ Ich war still, alle waren still. Als sie sagten: ‚Ey, schieß mal, schieß mal, mal schauen, was passiert‘, als sie sagten schieß, sagte ich: ‚Nein, wisst ihr was...‘, ich holte Luft, obwohl sie mir wegblieb und sagte: ‚Wisst ihr, schießt nicht, ich werde rauskommen. Schießt nicht, ihr tötet mir noch die Kinder. Wenn ihr mich töten wollt, tötet mich, aber lasst mir die Kinder in Ruhe.‘ Als ich rauskam, war das Erste, das

17 Im September 2016 wurde ein weiterer Händler San José's in Apartadó erschossen (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 184).

18 Die anhaltenden Diebstähle und Zerstörungen von Eigentum in den Häusern und Fincas der Bewohner_innen durch die bewaffneten Akteure dokumentiert ebenfalls Giraldo (Siehe bspw. 2010, 136–37).

ich spürte, ein Schlag, aber ich ging nicht zu Boden. Ich weiß nicht, wo ich die Kraft hernahm. Sie sagten mir, ich solle mein Geld herausrücken, setzten das Haus in Brand und zogen weiter. Zu dem Zeitpunkt waren ein paar Nonnen im Dorf. Ich weiß nicht, woher sie den Mut nahmen, aber sie holten aus meinem Wassertank, der voll war, Wasser und versuchten das Feuer zu löschen. Das einzige, was man retten konnte, war der Kühlschrank, mehr nicht, nicht den Fernseher, nicht die Kleidung, keine Waren, alles verbrannte. Na gut, aber es war nicht mehr, als dass sie alles in Brand steckten, viele Sachen steckten sie in Brand. Und sie stahlen, an dem Tag beklauten sie die Leute. Als sie gegangen waren, sagten die Leute, dass sie jetzt doch gehen müssten. Ich sagte: ‚Wo werden wir hingehen?‘ Also, wenn ich vorher etwas hatte, um wegzugehen, jetzt habe ich nichts. Ich habe keine Kleidung, keine Schuhe, alles wurde verbrannt, bis hin zu meinen Schuhen. Ich sagte: ‚Nein, von hier gehe ich nicht weg. Sollen sie uns hier töten. Ich habe so viel erlebt, ich spüre keine Angst vor dem Sterben. Sollen sie uns hier töten!‘ Das gab den Leuten Mut. Eine Menge packten schon ihre Sachen. Ich sagte ihnen: ‚Wo werden wir hingehen? Schaut, es ist besser, wenn wir weiterkämpfen. Solange uns die Führer nicht ausgehen, kämpfen wir weiter. Was gewinnen wir damit, woanders hinzugehen und Hunger auszuhalten. Erniedrigt euch nicht, nur um eine Miete zu bezahlen.‘ ‚Ah, stimmt‘, sagten die Leute und das gab ihnen Mut und sie machten weiter. Ich glaube immer noch, dass es eine Möglichkeit ist. Auch wenn sie weiter töten, genug Führer werden bleiben. Denn wenn sie einen Führer töten, resultieren daraus zwei, drei neue. (A.U., 18.03.2008, San José de Apartadó)

Neben den Schilderungen der Zerstörungen und des Diebstahls, denen die Bewohner_innen der Friedensgemeinde seitens paramilitärischer Gruppen ausgeliefert waren, sind weitere Aspekte an A.U.s Erzählung mindestens so bemerkenswert wie aufschlussreich für das Verständnis des alltäglichen Lebens in dieser Konfliktregion. Zunächst einmal scheint auch eine der ernsthaftesten Bedrohungssituationen für die Bewohner_innen der Gemeinde, das Eindringen paramilitärischer Gruppen in das Dorf, nicht ernsthaft genug zu sein, um nicht Gegenstand von Streichen oder Witzen der Anwohner_innen zu werden. Die Söhne A.U.s hatten schon so häufig ‚fälschlicherweise‘ das Eindringen der Paramilitärs angekündigt, dass A.U. zunächst gar nicht glaubt, dass sie wirklich da sind. Des Weiteren zeugt diese Schilderung A.U.s von einer großen inneren Klarheit in einem Moment existentieller Zerstörung und Bedrohung. A.U. wurde gerade das Haus samt Laden abgebrannt und trotzdem scheint sie davon überzeugt zu sein und überzeugt andere davon, dass ein Leben in der Stadt für sie als Kleinbäuer_innen keine lebenswerte Option darstellt. Des Weiteren äußert sie ein profundes Vertrauen in die Organisationsfähigkeit der Friedensgemeinde, und zwar in der Hinsicht, dass deren Kohäsion und Persistenz durch solche Angriffe eher gestärkt als zerstört werde.

Massaker

Aber auch die direkten tödlichen Angriffe gegen Bewohner_innen der Friedensgemeinde wurden in der ersten Periode ihrer Existenz insbesondere durch paramilitärische Gruppen und das Militär massiver. Die Angriffe intensivierten sich insofern, als dass diese beiden bewaffneten Akteure dazu übergingen Massaker an den Bewohner_innen

der Friedensgemeinde zu begehen. Zwischen 1998 und 2005 wurde die Gemeinde Opfer von elf solcher Massaker. Neben dem bereits erwähnten vom 19. April 1999, bei dem Aníbal Jiménez und drei weitere Personen ermordet wurde, fand bspw. ein weiteres Massaker am 19. Februar 2000 im Dorfkern von San José de Apartadó statt, bei dem fünf Händler von Paramilitärs erschossen wurden (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 54). Bei einem Massaker im Morgengrauen des 26. Dezember 2005 im Weiler La Cristalina wurden sechs Jugendliche, darunter die 15jährige Tochter der Bäuerin M.B., nach einer Weihnachtsfeier im Schlaf von Soldat_innen ermordet, die diese Jugendlichen anschließend als im Gefecht gefallene Guerilleros ausgaben (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 80). Die beiden Massaker, die den Bewohner_innen allerdings am deutlichsten in Erinnerung geblieben sind, und die am häufigsten in den Gewalterzählungen angesprochen werden, sind das Massaker in dem Weiler La Unión im Jahr 2000 und das Massaker im Weiler Mulatos im Jahr 2005. Auf Grund der Art ihrer Ausführung und der Auswahl ihrer Opfer können diese wohl als emblematische Beispiele für diese Art Verbrechen in San José de Apartadó gelten.

Am 8. Juli 2000, zwei Jahre nach der Rückkehr seiner Bewohner_innen in diesen Weiler, drang eine paramilitärische Einheit des ‚Bloque Héroes de Tolová‘ in dem Weiler La Unión ein. Während ein Militärhubschrauber die Zone überflog, versammelten die Paramilitärs alle Bewohner_innen des Weilers an einem zentralen Platz, um ihre Gewalt, wie schon im Kapitel 2.3 beschrieben, theatralisch zu inszenieren. Der Bauer E.G., der damals 18 Jahre alt und im Jahr 2013 sowohl der Koordinator des Weilers La Unión als auch Mitglied des Internen Rates war, begann mir, während eines Interviews über ein anderes Thema und ohne dass ich danach gefragt hatte, fast beiläufig und in leisem, unsicheren Ton zu erzählen, wie er den Tag dieses Massakers in Erinnerung hat:

Schau mal hier [auf den Platz vor seinem Haus zeigend], hier töteten sie zwei meiner Onkel, Rigoberto und Jaime Guzmán, sie töteten sie kaltblütig. Das war in einem Massaker. Das war an einem Samstag um drei Uhr nachmittags, sie kamen an einem Samstag um drei Uhr. Als sie kamen, war ich in diesem Haus dort unten [auf ein paar Häuser weiter zeigend]. Ich war 18 Jahre alt. Sie kamen hierher und versammelten die Leute. Einige sahen sie schon vorher kommen und flohen sofort, aus Angst. Sie kamen also hierher und versammelten alle, die hier waren und das waren ein paar. Sie versammelten die Männer und Frauen, gleich hier vorne, schau [wieder auf den Platz vor uns zeigend].

P.N.: Wer waren sie?

Reine Paramilitärs, die Gesichter ver mummt, man sah nur ihre Augen, die Hände steckten in Handschuhen. Sie kamen und versammelten alle. Wir hatten ein paar Nonnen hier, die behandelten sie schlecht. Sie begannen uns zu fragen, ob wir wüssten wo das Militär sei, sie seien von der Guerilla und kämpften seit zwei Wochen mit dem Militär auf der Seite von Córdoba. Einer von uns, Rigo, sagte: ‚Ihr seid keine Guerilla, ihr seid Paramilitärs.‘ Das ärgerte sie und sie sagten: ‚Schau Scheiß-Guerillero, halte lieber deinen Mund, wenn du nicht willst, dass ich dich hier sofort umbringe.‘ Gut, und das war schon fast alles, was sie dort überhaupt mit uns sprachen, das war wenig, eine Sache von fünf Minuten. Und dann begannen sie Leute herauszuziehen und auszuwählen.

Sie schickten alle Frauen dort rüber [in Richtung des oberen Ausgangs des Weilers zeigend], die Frauen zusammen mit den Alten, gleich neben dieses kleine Haus dort. Gut, die gingen alle darüber und die Jungen, die 20 und 30-Jährigen blieben hier. Sie fragten mich, wie alt ich sei und ich sagte, ich bin 18. Da sagten sie: ‚Du bleibst hier.‘ Dann ließen sie uns einen Kreis machen, da waren wir noch so 12 oder 15. Wir stellten uns alle in einem Kreis auf. Da zogen sie wieder die Ältesten raus und schickten sie rüber zu den Frauen.

P.N.: Redeten sie mit euch?

Nein, sie berührten einen nur und machten so [macht den Fingerzeig nach]. Sie redeten nicht mit einem, sondern machten das mit Zeichen. Andere hielten sich im Hintergrund auf, etwas verteilt mit ihren Kollegen. Irgendwann waren wir nur noch sieben, mit mir waren wir sieben, denn das Massaker machten sie an sechs, aber noch waren wir sieben. Indem Moment schickten sie die anderen Leute hoch, sie sollten gehen. Aber die Leute wollten nicht gehen. Da sagten sie: ‚Entweder geht ihr hoch oder wir bringen euch hier um.‘ Da gingen die Leute zögerlich, ganz langsam. Als wir sahen, dass die Leute hoch gingen und wir sieben noch hier waren, da dachte ich: ‚Also gut, bis hierhin ging dein Leben.‘ Nach einem kurzen Moment, da standen zwei weiter hinten und die beiden flüsterten sich etwas ins Ohr, einer von ihnen kam zu mir herüber. Er berührte mich hier [auf seine Schulter zeigend] und sagte mir, ich solle gehen. Ich sollte wirklich gehen. Ich ging und als ich an dem Haus vorbeikam, wo wir gestern die Versammlung gemacht haben [ein Stück weiter oben], kam mir ein anderer Paramilitär entgegen. Er fragte: ‚Wohin gehst du?‘ Ich sagte: ‚Einer deiner Leute da hat mir gesagt, ich solle gehen.‘ Er antwortete: ‚Gut, dann sieh zu, dass du wekommst.‘ Ich war noch nicht mal am Tor, da hörte man die Schüsse. Stell dir das vor! Viele dachten, dass ich auch getötet worden sei, weil sie mich nicht mehr rauskommen sahen. Als man die Schüsse hörte, dachte ich nur: ‚Die haben sie getötet.‘ Ei!, da bin ich gerannt, immer weiter gerannt, bis ganz nach oben.

P.N.: Sind alle nach oben geflohen?

Ja, also zumindest die Männer. Die Frauen nicht. Die Frauen hatten den Mut, nicht weg zu rennen. Aber wir Männer sind von hier bis ganz nach oben gelaufen. So um diese Uhrzeit [es war gerade gegen 19 Uhr und die Dunkelheit seit einer Stunde angebrochen] kamen einige von uns wieder herunter. Da hatten die Frauen sie schon mit Betttüchern zugedeckt. Sie waren bedeckt mit weißen Tüchern.

P.N.: Und wo waren da die Paramilitärs?

Die Paramilitärs sind dort raus gegangen, diesen Weg dort herunter, und dann über den Hügel, den man dort sieht. Das sind die Ereignisse, die dich sehen lassen, dass die Paramilitärs nicht da sind, um die Guerilla zu bekämpfen, sondern um die Bauern zu bekämpfen, die Bauern, die sich abmühen, zu arbeiten, deren einzige Waffe eine Machete ist, mit der sie das Feld bearbeiten, mehr nicht. (E.G., 13.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Obwohl einige Aspekte dieser Erzählung, wie bspw. die verummten Paramilitärs, die sich zunächst als Guerilleros ausgaben, oder die mutigen Frauen, die nicht weggrannten, sehr bemerkenswert sind, möchte ich diesen Auszug, aus denselben Gründen, die ich im Kapitel 2.3 im Zusammenhang mit der Ermordung Alberto Yepes, dem Mann der

Bäuerin A.U. bereits dargestellt habe, nicht weiter kommentieren. Er spricht m.E. auch ausreichend für sich selbst.

Nicht weniger bedrückend als die Schilderungen dieser theatralischen Inszenierung der Gewalt an sich, erscheint mir, wie der Umgang staatlicher Institutionen mit den Ereignissen, den Angehörigen der Opfer und der betroffenen Gemeinde in Erinnerung geblieben ist. Den Bauern E.G. fragend, was im Anschluss passiert sei, schilderte er mir Folgendes:

P.N.: Und wie ging es dann weiter?

Das alles geschah an einem Samstag. Am Sonntag füllte sich das hier mit Soldaten. Diese ganzen Hügel, schau [auf die umliegenden Hügel zeigend], die Soldaten kamen angeblich, um für unsere Sicherheit zu sorgen. Dann kam die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei, um die Leichen zu bergen. Du weißt, dass wegen des Klimas die Toten hier schnell verwesen. Sie steckten sie in Plastiksäcke dort auf dem Fußballplatz. Dort kam der Hubschrauber hin, um sie mitzunehmen. Als nur noch einer fehlte, um ihn in den Helikopter zu laden, änderten sie den Plan. Der Helikopter war etwa 20 Meter hoch und plötzlich warfen sie die toten Körper wieder auf den Boden. Schau, als würde man Steine herunterschmeißen. Sie schmissen sie einfach herunter, weil sie bereits nach Verwesung rochen. Das machte uns richtig wütend. Wir holten sie her, machten selbst die Särge und beerdigten sie. Als wir sie beerdigt hatten, riefen sie uns aus Apartadó an, dass wir sie herunterbringen sollten. Wir antworteten: ‚Tut uns leid, wir haben keinen Bedarf mehr:‘ Da hatten wir sie schon beerdigt. Das war sehr, sehr ..., als sie sie an diesem Tag ermordeten und danach aus dem Helikopter schmissen ...

P.N.: Ich weiß nicht, ob du mir die Frage erlaubst ..., beantworte sie nicht, wenn du nicht willst, aber, wie hast du dich gefühlt? Du bist dem sicheren Tod entkommen...

Ich hatte Angst, sehr viel Angst. Als wir an dem Samstagabend wieder hier herunterkamen, waren nur ein paar Nonnen da. Wir baten um internationale Begleitung und so gegen neun Uhr abends machte sich PBI [Peace Brigades International] auf den Weg. Als sie ankamen, verbesserte sich die Stimmung etwas. Nicht viel, denn die toten Freunde lagen noch vor uns. Aber immerhin waren wir da etwas ruhiger. Am Sonntag passierte das alles und PBI blieb mit uns eine Woche hier. Es kamen mehr Nonnen anderer Kongregationen und so hielten wir das aus. Ich selbst blieb mit vielen Schuldgefühlen zurück. Ja, denn Leute zu ermorden, die mit nichts zu tun hatten, und aus den Händen dieser Kriminellen zu entkommen, das ist alles nicht leicht ... (E.G., 13.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

In diesem Massaker wurde Rigoberto Guzmán ermordet, ein Onkel E.G.s, der damals so wie E.G. im Jahr 2013 Mitglied des Internen Rates und Koordinator des Weilers La Unión war. Laut der Darstellung anderer Bewohner_innen überflog während des Massakers am Samstagnachmittag ein Militärhubschrauber den Weiler La Unión. Der Militärhubschrauber, der die Leichen der Ermordeten mitnehmen sollte, warf sie wieder ab. Während staatliche Institutionen bei dem Massaker im Weiler La Unión es unterließen, die zivilen Bewohner_innen zu schützen bzw. Hilfe zu leisten und, ihren eigenen institutionellen Normen entsprechend, die Bergung der Leichen zu vollziehen, ging ihre Verantwortung bei dem Massaker im Weiler Mulatos noch weit darüber hinaus.

Bei dem Massaker im Weiler Mulatos, das streng genommen im Weiler Mulatos und im Weiler Resbalosa stattfand, wurden am 21. Februar 2005 acht Menschen in einer gemeinsamen, von paramilitärischen Gruppen und den öffentlichen Streitkräften durchgeführten, Operation namens ‚Fénix‘ getötet. Sie wurden entweder von Mörsergranaten zerrissen oder mit Macheten erschlagen bzw. geköpft und ihre Körper teilweise zerstückelt. Unter den Opfern befanden sich mit Luis Eduardo Guerra nicht nur einer der wichtigsten Repräsentanten des Internen Rates oder mit Alfonso Bolívar der Koordinator einer ‚humanitären Zone‘ im Weiler la Resbalosa, sondern auch drei Minderjährige im Alter von 18 Monaten sowie 5 und 10 Jahren. Obwohl die Friedensgemeinde elf Massaker erlebt hat, gilt dieses Massaker, auf Grund der ausgewählten Opfer, der brutalen und gemeinsamen Ausführung durch militärische und paramilitärische Truppen sowie der weitreichenden Konsequenzen, in der öffentlichen Wahrnehmung Kolumbiens als ‚das Massaker von San José de Apartadó‘ (Vgl. bspw. El Espectador 2018e). Über das Leben von Luis Eduardo Guerras sprechend, kam der Bauer J.E. irgendwann dazu, mir von dem Massaker zu erzählen. Um zu zeigen, dass solche Gewaltverbrechen keine singulären Ereignisse, sondern kontinuierliche Erfahrungen in den Biografien der Bewohner_innen San José de Apartadó sind, gebe ich hier auch Teile des Interviews wieder, die sein Leben vor dem Massaker beschreiben:

Die Geschichte der Familie von Luis Eduardo ist kompliziert. Zuerst stirbt die Frau durch eine Granate. Sein Sohn wird bei der Explosion verletzt und erholt sich langsam von den Verletzungen. Er war über sechs Monate in Medellín im Krankenhaus. Als Luis Eduardo wieder nach San José kam, entschied er sich, zurück zu seinem Land in Mulatos zu gehen. Sein Vater hatte ihm dieses Land vererbt. Er hatte sein Haus in San José, aber er sagte: ‚Ich werde hoch gehen, um dieses Land zu bearbeiten, denn da habe ich eine Kakao-Pflanzung.‘ Er hatte Kakao, der geerntet werden musste, das war sehr gutes Land. Wir sagten ihm: ‚Luis Eduardo, lass uns warten bis die Bedingungen etwas besser aussehen. Schau, wir glauben, es ist im Moment sehr schwierig.‘ Also begann er zunächst Maracuja zu pflanzen, gleich da vorne neben der Straße, dort neben der Bananen-Pflanzung sind immer noch seine Maracuja Pflanzen [zeigt die Straße herunter auf die Pflanzen]. Aber er hatte Lust nach Mulatos zu gehen. Also ging er Anfang Februar 2005. Ich war in dem Moment in Bogotá. Der Junge von ihm hatte noch einen Termin ausstehen im Krankenhaus San Vicente in Medellín. Der Junge ging dort immer noch zu Kontrollen hin. Also fragte er mich: ‚Wenn du aus Bogotá zurückkommst, kannst du mir den Gefallen tun und in dem Krankenhaus vorbeifahren, und diesen Termin bestätigen lassen?‘ Der war glaube ich für den 22. oder 23. Februar angesetzt. Als ich von Bogotá kam, blieb ich in Medellín, ging zum Krankenhaus, ließ den Termin bestätigen und rief dann in San José an, um Luis Eduardo zu sagen, der Termin steht und er solle sich auf den Weg machen. Als ich anrief, sagten sie mir, dass Luis Eduardo nach Mulatos gegangen sei, und eigentlich längst hätte wiederkommen sollen. Ich fragte: ‚Wie sieht es in der Zone aus?‘ Und sie antworteten: ‚Es heißt, es gab eine militärische Operation, ein Mädchen kam vom Weiler Las Nieves, die sagte, man höre Schüsse in Mulatos und Resbalosa. Und gerade kam über die Nachrichten, dass ein Milizionär im Weiler Las Nieves getötet worden sei.‘ Ich sagte: ‚Das ist ungewöhnlich. Wenn Luis Eduardo noch nicht gekommen ist, müssen wir etwas unternehmen.‘ Ich fuhr sofort wieder

zum Busbahnhof und kam hierher zurück. Als ich in der Nacht ankam, bin ich gleich zu dem Mädchen gegangen, das aus Las Nieves kam, um die Information aus erster Hand zu bekommen. Also, ich sprach mit ihr und den Hinweisen zur Folge, die sie zu den Schüssen gab, konnte das gut dort passiert sein, wo Luis Eduardo war. Da begannen wir Anrufe zu machen, zuerst bei der nationalen Ombudsstelle für Menschenrechte in Bogotá, damit diese untersuche, was gerade passiert sei. Es verging ein Tag und die Ombudsstelle antwortete nicht. Als sie endlich antworteten, sagten sie, es gäbe keine militärischen Operationen in der Zone. Als sie sagten, es gäbe keine militärischen Operationen in der Zone, da wussten wir, dass das nicht stimmt. Denn in der Zwischenzeit gab es Schusswechsel in den Weilern Buenos Aires und Bella Vista. Wir fragten die nationale Ombudsstelle, was sie darüber wisse, und sie sagten einfach nur, nein, es gäbe keine militärischen Operationen, während wir gerade Gefechte hörten. Wir sagten, hier wollen sie etwas vertuschen, denn wir sahen die Helikopter und sie sagten uns, es gibt keine Helikopter. Wo kamen die dann her? Also stellten wir selbst eine Delegation aus der Gemeinde zusammen. Wir riefen wieder bei der Ombudsstelle für Menschenrechte an und baten sie, uns zu begleiten, denn wir würden eine Delegation der Gemeinde ausschicken, um herauszufinden was passiert sei. Die Ombudsstelle wollte uns nicht begleiten. Wir konnten diese Erkundung mit internationaler Begleitung machen. Wir organisierten zwei Gruppen, eine ging vom Weiler la Unión los und die andere Gruppe von hier unten. So begannen wir sie zu suchen. Wir fanden die Körper von Luis Eduardo, seiner Partnerin Bellanira und dem Jungen Deinar, der mit seinem Vater mitgegangen war. Das war eine der schwersten Geschichten für mich. Wie sie ihn am Ende umbrachten, zusammen mit seinem Sohn, der bereits Opfer einer Granate der Militärs geworden war. Und wie die Soldaten sie umbrachten, die Art und Weise. Sie haben sie erschlagen und dem Jungen den Kopf abgetrennt, einem Kind von 10 Jahren. Das war die eine Familie, die andere war die von Alfonso Bolívar. Er koordinierte die humanitäre Zone des Weilers Resbalosa und sie töteten ihn zusammen mit seiner Frau und den zwei Kindern. Der kleine Junge war 18 Monate alt und das Mädchen fünf Jahre. Sie haben sie zerteilt, in Stücke geschnitten, genau wie ihn. Das alles war zu viel. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Während die Bewohner_innen San José de Apartadós sofort militärische und paramilitärische Truppen für das Massaker verantwortlich machten, behauptete der befehls-habende Kommandant der 17. Brigade, Oberst Néstor Iván Duque López, dass seine nächste Truppe zwei Tagesmärsche von dem Ort des Massakers entfernt war und das Massaker von der FARC begangen worden sei – eine Version, die so vom Direktor der Staatsanwaltschaft in Antioquia sowie anderen Regierungsvertreter_innen und Politiker_innen übernommen und auch vor internationalen Diplomaten verbreitet wurde. Seine Behauptung stützte der Oberst Duque auf Aussagen von zwei Zeugen, von denen einer, vier Jahre später, in einer Vernehmung im Juni 2009 angab, für seine Aussagen Geld von Oberst Duque erhalten zu haben (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 279).¹⁹ Diese Angabe deckt sich mit einer Aussage des paramilitärischen Führers Hever Veloza García

19 Bei den beiden Zeugen handelt es sich um Elkin Darío Tuberquia Tuberquia und Apolinar Guerra George, auf deren Geschichte ich im Kapitel 4.1 genauer eingehen werde.

– mit dem vielsagenden Alias „HH“ –, der vor seiner Auslieferung in die USA vor der Generalstaatsanwaltschaft im Mai 2008 angab, dass der Oberst Duque ihn darum gebeten habe, ihm zwei Millionen Pesos zu schenken, die er für die Bezahlung von Zeugen brauchte, die er im Fall des Massakers von San José de Apartadó präsentieren wollte (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 202). Die Zusammenarbeit zwischen der 17. Brigade und dem paramilitärischen ‚Bloque Héroes de Tolová‘ bei der Planung und Umsetzung des Massakers sowie dem anschließenden Kauf von Zeugen für seine Vertuschung, sind mittlerweile ausreichend belegt (Vgl. El Espectador 2018e; Giraldo Moreno 2010, 189–206). Besonders erschreckend an den Zeug_innenaussagen einiger beteiligter Paramilitärs, sind die Passagen, in denen sie davon berichten, dass sie die Kinder verschonen wollten, aber von den befehlshabenden Soldat_innen und Kommandanten gedrängt worden seien, sie umzubringen, damit diese sie später nicht identifizieren könnten oder Guerilleros würden (Vgl. El Espectador 2010a; Giraldo Moreno 2010, 194, 197).²⁰

- 20 Nachdem der demobilisierte Paramilitär Jorge Luis Salgado David sich weigerte, erneut Mitglied der paramilitärischen Gruppe ‚Aquilas Negras‘ zu werden, weshalb zwei Attentate auf ihn begangen wurden, bat er um Aufnahme in ein Zeug_innenschutzprogramm und sagte in dem Fall des Massakers aus. In einer Vernehmung vom 30. Januar 2008 gab er Folgendes über die Ermordung der Familie Alfonso Bolívars im Weiler la Resbalosa zu Protokoll (in Auszügen auch nachzulesen in El Espectador 2008b; El Tiempo 2008): [zunächst schilderte er, wie Soldaten eine Mörsergranate in die Küche des Wohnhauses geschossen hatten, in der sich Sandra Milena Muñoz Posso aufhielt, die dabei ums Leben kam], als wir dort waren, wurde den Befehlshabenden gemeldet, dass sich in dem Haus Kinder unter 10 Jahren befanden, ich glaube, es war einer von den Jüngeren, der sagte, dass sie unter dem Bett im Haus seien, sie wurden dort raus in den Hof geholt, es waren ein Mädchen und ein Junge, das Mädchen sehr sympathisch, vielleicht so 5 oder 6 Jahre alt und der Junge auch ganz neugierig, vielleicht zwischen 4 und 5 Jahre alt [er war tatsächlich 18 Monate alt], das Mädchen war etwas älter, die Befehlshabenden wurden gefragt, was man mit diesen Kindern machen sollte, die Mitglieder des Blocks schlugen den Befehlshabenden vor, sie bei Nachbarn oder der Familienwohlfahrt abzugeben, damit diese sich um sie kümmerten, aber unsere Vorgesetzten Cuatro Cuatro, Makeison, Águila 6, Cobra und ein anderer der Kontraguerilla Pirulo lehnten den Vorschlag ab, sie kamen zu dem Schluss, dass diese Kinder in der Zukunft eine Bedrohung werden würden, sie sagten wortwörtlich, dass wenn sie wachsen zu Guerilleros werden würden oder der Tag käme, an dem sie sie wiedererkennen und beschuldigen würden, aus diesem Grund befahlen sie der Truppe bzw. einigen Jungs, sie im Stillen zu exekutieren, aber niemand von uns wollte den Befehl ausführen, in diesen Momenten erschien plötzlich der Vater der beiden Kinder, mit einer Machete in der Hand kam er zu dem Haus, wo wir waren. Als er kam, schrien die Kinder verängstigt: Papa. Der Vater flehte unsere Befehlshabenden an, dass sie bitte nicht die Kinder töten, dass sie ihn töten sollen, wenn sie wollen, aber die Kinder am Leben ließen. In dem Moment, als er auf dem Boden kniete mit den Händen im Nacken, denn so sollte er bleiben, rannten die Kinder zu ihm, er sagte ihnen Dinge wie, sie sollten sich keine Sorgen machen, alles werde gut, und noch mehr Dinge, die ich nicht mehr erinnere, aber eine Sache, an die ich mich erinnere, ist als der Vater, wissend was geschehen wird, den Kindern sagte, dass sie eine weite Reise machen würden, von der sie vielleicht nicht mehr zurückkämen, in diesem Moment suchte das Mädchen etwas Kleidung für den Jungen, steckte es in ein Säckchen und gab es ihm, sich von ihm verabschiedend, denn hier wurden die Kinder getrennt, der Junge in eine und das Mädchen in die andere Richtung, alias ‚36‘ trug das Mädchen weg, das sich mit den Armen winkend verabschiedete. [fährt fort zu erzählen, wie er aus 30 Metern Entfernung sah, dass alias Cobra dem Mädchen mit einer Machete die Kehle durchschnitt.] (Zitiert nach Giraldo Moreno 2010, 193–94, eigene Übersetzung, Interpunktion übernommen)

Während beim Massaker im Weiler La Unión die Inszenierung der paramilitärischen Gewalt sich auf die öffentliche Selektion der Opfer konzentrierte, um ihre terrorisierende Wirkung zu entfalten, war es beim Massaker im Weiler Mulatos die Art des Tötens, die nicht nur das Sterben der Opfer zum Zweck hatte, sondern sich auf brutale Weise gegen deren Körperlichkeit und sogar gegen die von Kindern richtete, um so die Überlebenden zu terrorisieren. An dem Massaker in Mulatos lässt sich sehr gut der Prozess nachvollziehen, durch den laut Taussig eine ‚culture of terror‘ entsteht (Vgl. Taussig 1984). Die Bewohner_innen der Gemeinde, sind, in gewisser Weise, bis in die Gegenwart besessen von der Ungewissheit über den konkreten Tötungshergang. Sie wurden konfrontiert mit den entstellten Leichen, doch wie diese Entstellungen verursacht wurden, ist weitestgehend ihrer Imagination überlassen. Es wurde und wird natürlich nach Indizien und Beweisen gesucht, um den Tathergang zu rekonstruieren und es werden verschiedene Versionen davon entwickelt, erzählt und untereinander ausgetauscht. Und genau diese beiden Prozesse, die Imagination und die Narration, verhelfen der Tat zu ihrer terrorisierenden Wirkung. Viele Bewohner_innen der Gemeinde sind bspw. davon überzeugt, dass Luis Eduardo mitanschauen musste, wie sein Sohn erschlagen wurde, um mehr leiden zu müssen. Die Bäuerin B.Q. erzählte mir eine Version des Massakers, bei der es sogar einen Zeugen gab (den auch Giraldo Moreno 2010, 77 erwähnt). Es sind diese Arten von Narrationen, die die Imagination und die Wirkung des Terrors nährt:

Luis Eduardo war in Mulatos geboren. Sie gingen dorthin, um einen Bruder von ihm ein paar Kakao-Pflanzen zu geben. Er ging hoch, und in derselben Woche militarisierten sie die Zone. Er glaubte nicht, dass er da oben den Tod finden würde, obwohl der Weiler Mulatos und alle Weiler da oben sehr stigmatisiert sind. Die sehen sie als Konfliktzonen. Na gut, er ging hoch zusammen mit seinem Bruder, der Frau, mit der er zusammenlebte und seinem Sohn. Als sie hoch gingen, sagte der Bruder zu ihm, es ist ein Halbbruder, er sagte: ‚Bruder, hier sind Soldaten.‘ Luis Eduardo sagte: ‚Was soll's. Wenn du wegrennen möchtest, renne. Ich werde nicht wegrennen. Man muss mit ihnen reden‘, ohne in Erwägung zu ziehen, dass ihm das den Tod bringen könnte. Der andere antwortete ihm: ‚Nein mein Bruder, diese Leute werden uns umbringen.‘ Er sagt, als sie den Fluss Mulatos durchquerten, kam das Militär an beiden Ufern heraus. Und er sagt, als sie versuchten auseinander zu laufen, also Luis Eduardo, seine Partnerin, der Junge und er, schaffte er es zu fliehen. Er entwich dem Massaker, denn auch er sollte sterben. Er entwich, sagt er, rennend. Und als er ein Stück entfernt war, sagt er, dass er die Schreie des Mädchens und des Jungens hörte, die laut schrien. Man hörte keine Schüsse, weil man einen grauenhaften Tod für sie wählte. Sie haben sie erschlagen, ein schrecklicher Tod. Danach gingen sie weiter zum Weiler Resbalosa. Das Militär ermordete dort weitere Personen, ein Kind von 18 Monaten, eins von fünf oder sechs Jahren, die Frau von Alfonso Bolívar und Alfonso selbst. (B.Q., 09.04.2008, San José de Apartadó)

Mehrere Bewohner_innen, darunter auch die Bäuerin M.B., erzählten mir, dass sie davon überzeugt seien, dass Luis Eduardo Guerra vor seinen Mördern nicht einbrach, sondern mit ihnen redend und die Gemeinde verteidigend starb. Interessanterweise sind diese Erzählungen von dem Mut und der Integrität von Gemeindemitgliedern ange-

sichts ihrer Ermordung Teil desselben Prozesses der Imagination und Narration dieser Massaker, die nicht die terrorisierende Wirkung dieses Prozesses aufheben, aber trotzdem gleichzeitig den Zusammenhalt unter den Überlebenden stärkt (Vgl. hierzu Naucke 2017b, 156–62).

Die Auswahl der Opfer mit Luis Eduardo Guerra, der zu diesem Zeitpunkt der wichtigste Führer der Gemeinde war, und den Kindern sowie die Art und Weise, wie sie getötet wurden, bezeichnen einige Gemeindemitglieder als schwersten moralischen Schlag, den die Friedensgemeinde in ihrer Geschichte bekommen hat. Nicht wenige von ihnen und von den (inter-)nationalen Begleiter_innen der Friedensgemeinde dachten, dass dieser Schlag die intendierte Wirkung entfalten würde und sich die Bewohner_innen nicht von ihm erholen würden.

Auszug aus San José

Obwohl die Verantwortung staatlicher Institutionen nicht nur für die Gemeindemitglieder auf der Hand lag, reagierten diese Institutionen, indem sie unmittelbar nach dem Massaker und ohne eine formale Untersuchungen eingeleitet zu haben, jegliche Beteiligung des Militärs abstritten und die Guerilla für das Massaker verantwortlich machten. Der Vize-Präsident Francisco Santos²¹ beschuldigte die Gemeinde der Lüge und bezeichnete ihre Version des Massakers als „cuento chimbo“²² (Semana 2005). Darüber hinaus wurden die Bewohner_innen der Friedensgemeinde beschuldigt, die Guerilla zu unterstützen. So sagte allen voran der damalige Präsident Álvaro Uribe Vélez, ohne ein Wort der Kondolenz zu verlieren, bei einer öffentlichen Veranstaltung in der Kaserne der 17. Brigade, über die am 21.03.2005 die Tageszeitung El Colombiano berichtete, Folgendes:

Die Friedensgemeinden haben dank unseres Freiheitsregimes das Recht sich in Kolumbien zu gründen. Aber sie können nicht, wie es die Gemeinde San José de Apartadó tut, die Justiz behindern, die öffentlichen Streitkräfte zurückweisen, den Handel mit verbotenen Artikeln erlauben und die Freiheiten der Bürger beschneiden, die dort leben. In dieser Gemeinde San José de Apartadó gibt es gute Leute, doch einige ihrer Führer, Förderer und Helfer wurden von Personen, die dort gelebt haben, ernsthaft beschuldigt, die FARC zu unterstützen und die Gemeinde zu benutzen, um diese terroristische Organisation zu schützen. (CdP San José 2008, 100)

Die Friedensgemeinde kannte solche Stigmatisierungen und Anschuldigen bereits aus der Vergangenheit. Dass sie jedoch in dem Moment hervorgebracht wurden, in dem sie gerade Opfer eines Massakers wurden, an dem das Militär beteiligt gewesen war, schien auch für sie unvorstellbar gewesen zu sein, wie die Erzählung des Bauern J.E. erahnen lässt:

21 Ein Cousin des späteren Präsidenten Juan Manuel Santos.

22 Die Bedeutung des Begriffes ändert sich im kolumbianischen Sprachgebrauch je nach verwendetem Genus. In der weiblichen Form ‚chimba‘ drückt es große Begeisterung für etwas aus und bedeutet so viel wie ‚sehr geil‘ oder ‚super-toll‘. In der männlichen Form ‚chimbo‘ bedeutet es so viel wie gefälscht, bezeichnet aber auch auf abschätzige Weise das männliche Geschlechtsorgan.

Was der Präsident Álvaro Uribe Vélez nach dem Massaker gesagt hat, hat er auch schon mal vorher gesagt, dass wir Guerilleros seien, dass es in der Gemeinde gute Leute gebe, aber dass einige ihrer Führer Verbindungen zur Guerilla hätten. Und aus dem Mund des Verteidigungsministers hörte man zu dem selben Zeitpunkt in einem Radiointerview, dass die Friedensgemeinde die öffentlichen Streitkräfte akzeptieren müsse oder aufhören würde zu existieren. Mit anderen Worten, die nationale Regierung sagt in den Medien, die Friedensgemeinde müsse zerstört werden, während staatliche Institutionen gerade ein Massaker begangen haben. Das negierten sie natürlich in dem Moment und behaupteten, die FARC habe dieses Massaker begangen. Demnach war Luis Eduardo ein Guerillero, der dissertieren wollte, weshalb wir die FARC beauftragt hätten, ihn zu töten. Dabei war Luis Eduardo eine international anerkannte Person. Und wie sie alles von sich wiesen. Selbst die Staatsanwaltschaft, – ohne irgendeine Untersuchung oder Strafverfolgung eingeleitet zu haben, sagte der Staatsanwalt von Antioquia, dass dieses Massaker von der Guerilla begangen worden sei. Wo die Staatsanwaltschaft doch erstmal untersuchen sollte und wenn sie ihre Untersuchung abgeschlossen hat, dann sollte sie reden. Aber ohne Untersuchung beschuldigt sie uns, die Opfer. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Die Schilderung J.E.s beschreibt exemplarisch eine fast typische Reaktion staatlicher Institutionen auf von ihnen begangene Verbrechen: Nicht nur, dass verschiedene staatliche Einrichtungen ihren institutionellen Aufgaben, Pflichten und Existenzzwecken nicht nachkamen, wie bspw. die Zivilbevölkerung zu schützen oder in Verbrechen zu ermitteln, und nicht nur, dass sie nach den Verbrechen ihre Verantwortung für die Ereignisse bestritten bzw. die Verantwortung anderer staatlicher Institutionen geradezu reflexartig deckten, sie machten auch noch die Opfer selbst für das an ihnen begangene Verbrechen verantwortlich. Als weitere perfide Reaktion auf dieses Massaker kündigte das Verteidigungsministerium darüber hinaus an, eine Polizeistation und eine Militärbasis in den Dorfkern von San José de Apartadó zu installieren, mit der Begründung, die Sicherheit der Bewohner_innen gewährleisten und diese vor der Guerilla schützen zu wollen. Nach den gerade erlebten Ereignissen verstanden die Gemeindemitglieder diese Ankündigung so, wie sie vielleicht auch gemeint war, als Provokation und weitere Drohung. Die Ankündigung hatte weitreichende Folgen, da die Bewohner_innen der Friedensgemeinde in einer Vollversammlung beschlossen, den Dorfkern im Falle einer Militarisierung aufzugeben.

Nachdem am 31. März 2005, also fünf Wochen nach dem Massaker im Weiler Mulas, Polizeikontingente begannen, sich im Dorfkern niederzulassen, verließen am folgenden Tag circa 460 Personen den Ort, während 46 entschieden dort zu bleiben. Laut Giraldo zog die Polizei in San José mit einer festlichen Karawane aus ‚Chivas‘²³ und etwa 100 Personen ein, die von einem Polizeikaplan mit Megafon angeführt und von Psycholog_innen und Soziolog_innen sowie Friseur_innen, Musiker_innen und Clowns mit Geschenken für die Kinder begleitet wurden (Vgl. 2010, 105). Der Bauer G.T. erinnerte sich an diesen schwierigen Moment folgendermaßen:

23 ‚Chiva‘ bedeutet eigentlich Zicklein, ist aber gleichzeitig die Bezeichnung für rustikale Busse im ländlichen Kolumbien, die a.G. ihrer bunten und künstlerischen Bemalung zu einem nationalen Symbol geworden sind.

Wir lebten in San José, dem Dorfkern, da gab Uribe als Präsident den Befehl, diesen mit den öffentlichen Streitkräften zu besetzen. Die Position der Gemeinde ist, dass wir nicht mit bewaffneten Akteuren zusammenleben, dazu gehören auch die öffentlichen Streitkräfte. Und nach allem, was passiert war, sie hatten gerade ein Massaker an uns begangen, und dann kommen sie und mischen sich mitten unter uns. Die Vollversammlung sagte: ‚Wir gehen weg.‘ Also begannen wir das zu analysieren. Wo könnten wir hingehen? Wir haben diese und jene Ländereien. Welche könnte es sein? Und es war die Vollversammlung, die das entscheiden musste. Die Leute sagten: ‚Wir gehen zur Holandita‘, die Finca hier heißt Holandita. Als sie ankündigten, dass die öffentlichen Streitkräfte innerhalb von 14 Tagen kommen würden, da begannen wir zu arbeiten. Einen Tag nach der Ankündigung begannen wir, Holz zu schneiden. Als die öffentlichen Streitkräfte kamen, gab es acht Häuser, diese Reihe hier [auf eine Häuserreihe zeigend]. Das waren die einzigen, die es gab und da brachten wir alle Familien unter, alle in acht Häuser. Sie hatten noch keine Wände, sondern nur das Dach ohne Wände. Es gab keine Toiletten, keinen Strom, nichts. So kamen wir hier unter und von dort an schnitten wir jeden Tag Pfähle, trugen Holz und zimmerten es gleich zusammen. Nach einem Monat hatten wir Häuser für alle, dank der Gemeinschaftsarbeit. Die Leute konzentrierten sich jeden Tag darauf und nach einem Monat hatten wir für alle Häuser. Dann schauten wir, wie wir die Situation mit den Toiletten verbessern könnten, mit der Wasserversorgung und dem Strom. Das war ein Kampf, aber wir schafften das. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Die Gemeinde zog auf das Stück Land namens ‚La Holandita‘, welches in den 1980er Jahren von einem holländischen Entwicklungsprojekt erworben worden war, um die Kooperative *Balsamar* zu unterstützen und welches der Friedensgemeinde nach ihrer Gründung übertragen wurde (Siehe Kapitel 2.3). Faktisch handelte es sich um ein leerstehendes Feld, das direkt an der Verbindungsstraße zwischen San José de Apartadó und Apartadó in etwa 15 Minuten Fußweg Entfernung von dem Dorfkern liegt. Obwohl die Gemeinde den neuen Dorfkern ‚San Josecito de la Dignidad‘ (‚Kleines San José der Würde‘) taufte, verwenden die meisten Bewohner_innen für seine Bezeichnung weiterhin den Namen ‚La Holandita‘. Die Anstrengungen, die damit verbunden sind, die Infrastruktur eines Dorfes auf einem leerstehenden Feld neu zu errichten, hat G.T. in dem Auszug geschildert. Das Dorf neu aufgebaut zu haben, verstehen die Bewohner_innen der Friedensgemeinde dementsprechend als einen Erfolg. Aber dieser strategische Schritt hatte auch nichtintendierte Konsequenzen, die nicht unbedingt positiv für die weitere Entwicklung der Gemeinde waren. Nach dem Auszug hatte der alte Dorfkern zunächst eine neue Polizeistation und Militärbasis, aber kaum noch Bewohner_innen. Mit der Zeit siedelten sich, oder wurden von der Regierung des Landkreises Apartadós Familien angesiedelt, die nicht Mitglieder der Friedensgemeinde waren und sind. Überwiegend kamen diese nicht einmal aus der Zone von San José de Apartadó und vereinzelt waren demobilisierte und angeblich auch nicht-demobilisierte Paramilitärs unter ihnen, wie bspw. ein Mann mit dem Alias-Namen Lalo, von dem weiter unten noch die Rede sein wird. Der Zuzug neuer Bewohner_innen nach San José de Apartadó wurde auch in den folgenden Jahren durch lokale Behörden gefördert, die diese allerdings als zurückkehrende Vertriebene auswiesen (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 122). Ins-

gesamt stehen die neuen Bewohner_innen des alten Dorfkerns der Friedensgemeinde skeptisch und distanziert gegenüber. So überrascht es auch nicht, dass einige Gemeindeglieder, wie z.B. die Bäuerin M.B., den Auszug aus dem alten Dorfkern in der Retrospektive als einen Fehler betrachten.

Erwähnenswert ist auch, dass der Einzug der Polizei in San José de Apartadó nicht nur von einem Unterhaltungsprogramm begleitet wurde, sondern auch von Zwangsmaßnahmen. Das Grundstück, auf dem die Polizei ihr Kommando einrichtete, eignete sie sich widerrechtlich am 1. April 2005 von einem Mann namens Nubar Tuberquia an, der dazu weder sein Einverständnis gab noch dafür entschädigt wurde. Nubar Tuberquia protestierte und klagte dagegen, woraufhin die Polizei versprach, ihm das Stück Land formal abzukaufen. Nachdem das mehrere Monate nicht passierte, beschuldigte er am 11. November 2006 auf einer öffentlichen Versammlung in San José de Apartadó mit Beteiligung der öffentlichen Streitkräfte die Polizei des Raubes und des Betruges. Zwei Tage nach dieser Versammlung fand man seinen bewusstlosen und gelähmten Körper auf der Verbindungsstrasse zwischen Apartadó und San José de Apartadó. Im Krankenhaus wurde sein Hirntod festgestellt und er verstarb 18 Monate später in Medellín (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 118). Wegen dieses Angriffes auf Nubar Tuberquia wurden im April 2007 Haftbefehle gegen sieben Bewohner_innen San José de Apartados erlassen, allesamt Freunde und Nachbarn von Nubar Tuberquia, die ihn unterstützt und ermutigt hatten, gegen die Polizei zu klagen. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Medellín stützte sich auf die Angaben derselben beiden Zeugen, die schon für falsche Aussagen beim Massaker von Mulatos von der 17. Brigade bezahlt worden waren (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 271).²⁴ Diese illegale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen staatlichen Behörden zur Deckung von konkreten Verbrechen und die Verfolgung der Opfer und ihrer Angehörigen dieser Verbrechen, sind Praktiken und Strategien des ‚klientelisierten Staates‘ im Urabá, die jetzt bereits häufiger Erwähnung fanden und die ich auch im vierten Kapitel noch einmal thematisieren werde.

Folge des Auszugs der Friedensgemeinde aus dem Dorfkern von San José de Apartadó ist offensichtlich der Verlust dieses Lebensraumes. Wenn die Bewohner_innen bspw. heute San Josecito verlassen, um in die Weiler und auf ihre Felder zu gehen, führt der Weg sie durch den alten Dorfkern hindurch, vorbei an ihren alten Häusern, an dem alten Friedhof, wo die Personen liegen, die vor 2005 verstorben sind und

24 Der Fall Nubar Tuberquias bekam im September 2015 noch einmal eine interessante Wendung als eine Reihe von Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Eigentumsrechte des Grundstückes bekannt wurden, auf dem die Polizeistation gebaut wurde. Nubar war wohl Besitzer des Grundstückes, aber zunächst nicht als Eigentümer im Grundbuch eingetragen. Das Grundstück war dort seit 1989 auf dem Namen einer Familie registriert, die Mitte der 1990er Jahre vertrieben worden war und die ihr Eigentum mit einem Veräußerungsschutz im Jahr 2012 gesichert hatte. Trotzdem erscheinen auf dem Grundbuchauszug vom Jahr 2015 neue Einträge aus dem Jahr 2006, laut denen das Grundstück im April 2006 – sechs Monate vor seinem Hirntod – Nubar Tuberquia überschrieben worden sei. Im Oktober 2008 – drei Monate nach seinem Tod – sei es an seine Frau übergegangen, die es dann laut Grundbuch ein halbes Jahr später im März 2009 an die Polizei verkauft habe (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 167–68). Solche nachträglichen Änderungen in den Grundbüchern, deren Zustandekommen selten retrospektiv nachzuvollziehen ist, sind insbesondere in den Konfliktregionen Kolumbiens häufig, die hohe Vertriebenenzahlen aufweisen.

vorbei an vielen Erinnerungsorten, die so eng mit ihrer Geschichte verbunden sind. Auf dem Weg durch den alten Dorfkern werden sie auch häufig von der Polizei oder dem Militär angehalten, befragt oder gar festgehalten. Hinzu kommt, dass durch den Auszug der Friedensgemeinde San José de Apartadó aus dem Dorfkern von San José de Apartadó für alle Außenstehenden, die nicht mit den geo-historischen Kontext vertraut sind, eine Art babylonische Sprachverwirrung entstanden ist. Es gibt einen physischen Ort, der San José de Apartadó heißt, und eine Friedensgemeinde, die San José de Apartadó im Namen trägt, jedoch lebt die Gemeinde mit dem Namen nicht in dem Dorfkern mit dem Namen und in dem Dorfkern mit dem Namen leben Menschen, die nicht Mitglieder der Gemeinde sind. Diese Verwirrung wissen insbesondere staatliche Institutionen für sich zu nutzen, die immer, wenn es ihren Interessen von Nutzen ist wie bspw. gegenüber internationalen Organisationen oder Gerichtshöfen behaupten, sie würden eng mit den Bewohner_innen des Dorfes San José de Apartadó zusammenarbeiten, die Polizeistation und das Militärcamp seien dort willkommen und staatliche Programme und Präsenz würden von der Bevölkerung begrüßt.

„Bruch“ mit staatlichen Institutionen

Die begangenen Verbrechen an der Gemeinde, wie Morde, Massaker, Raub und Zerstörung, wurden von den Gemeindemitgliedern zunächst sowohl vor nationalen als auch internationalen juristischen Instanzen angezeigt. Und zumindest auf internationaler Ebene hat sich das Interamerikanische Menschenrechtssystem sehr früh und mehrfach zu Gunsten der Friedensgemeinde geäußert. Im Dezember 1997 forderte bspw. die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte mit Sitz in Washington D.C. (USA) die kolumbianische Regierung auf, Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Friedensgemeinde zu ergreifen. Nachdem die Regierung dieser Aufforderung nicht nachkam, ging der Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz in San José (Costa Rica), der die Forderung der Kommission aufnahm und der kolumbianischen Regierung im Jahr 2000 erneut anordnete, einstweilige und wirkungsvolle Sofortmaßnahmen zum Schutz der Friedensgemeinde, konkret benannter Mitglieder sowie aller Personen, die sie begleiten oder Dienstleistungen für sie ausführen, zu ergreifen. Diese Anordnungen wurden im Jahr 2002, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2010, 2017 und letztmalig im Februar 2018 bestätigt und wiederholt.²⁵ In seinen Urteilsbegründungen erkannte der Gerichtshof an, dass sich die Gemeinde und ihre Mitglieder in einer Situation hohen Risikos befinden, dass die öffentlichen Streitkräfte die Gemeinde und ihre Mitglieder nicht ausreichend schützen und dass bei einigen Angriffen paramilitärischer Gruppen Angehörige der öffentlichen Streitkräfte beteiligt waren (Vgl. CIDH 2005, 2010, 2017). Die kolumbianische Regierung ist den Aufforderungen der Kommission und den Anordnungen des Gerichtshofes in Bezug auf den Schutz der Friedensgemeinde nicht nachgekommen. Allerdings gibt sie vor dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem an, mit der Installierung der Polizeistation und des Militärcamps in

25 Die Urteile des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof findet man auf seiner Internetseite unter Eingabe des Suchwortes „Comunidad de Paz“ im „Jurisprudence Finder“: (<http://www.corteidh.or.cr/cf/Jurisprudencia2/index.cfm?lang=en>, letzter Zugriff: 17.08.2018).

dem alten Dorfkern von San José de Apartadó Maßnahmen zum Schutz der Gemeinde getroffen zu haben.

Zunächst zeigte die Gemeinde die Morde und Massaker auch bei der kolumbianischen Justiz an. Nachdem in den angezeigten Fällen weder Ermittlungen angestellt noch Verfahren eröffnet, und, zumindest bis zum Jahr 2009, keine Urteile gefällt und Strafen verhängt wurden, sondern ganz im Gegenteil Gemeindemitglieder, die die Anzeigen gestellt und Zeug_innenaussagen getätigt hatten, gezielt verfolgt und bedroht wurden, gab die Gemeinde im Jahr 2003 bekannt, zunächst die Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Justiz, und nach dem Massaker in Mulatos im Jahr 2005, auch die Zusammenarbeit mit allen kolumbianischen, staatlichen Institutionen ‚abzubrechen‘. Diese Entwicklung der Beziehungen zu den staatlichen Behörden, insbesondere bzgl. des kolumbianischen Justizsystems, und den letztendlichen ‚Abbruch‘ dieser Beziehungen, erläuterte mir der Bauer J.E. folgendermaßen:

Ja, der Bruch mit der Justiz und den Institutionen des Staates, also die ganze Geschichte von Ungerechtigkeiten und Verbrechen, in den unterschiedlichsten Formen, von Seiten des Staates gegen die Zivilbevölkerung, ich glaube, das alles war einfach genug. Also, all der Beschuss; die willkürlichen Bombardierungen; die Massaker; die selektiven Morde; der Raub von Vieh und Mauleseln; die Vergewaltigung von Frauen; das In-Brand-setzen von Häusern; die illegalen Verhaftungen; all die Morde und die Art und Weise, wie sie begangen wurden, manchmal erschossen von Soldaten, manchmal zerteilt mit Macheten, inklusive kleiner Kinder; über das alles haben wir die staatlichen Institutionen informiert, von den lokalen Behörden bis hin zum Präsidentschaftsamt. Als das mit der Gemeinde los ging, begannen wir formale Gespräche mit der 17. Brigade, mit dem Bürgermeisteramt, mit der Ombudsstelle für Menschenrechte und der Staatsanwaltschaft. Wir redeten auf lokaler Ebene. Als wir sahen, dass das nicht funktionierte, wollten wir eine Ebene höher gehen und sprachen mit dem Gouverneur, mit der nationalen Ombudsstelle für Menschenrechte, der Generalstaatsanwaltschaft, der Vizepräsidentschaft und dem Innenministerium. Ziel dieser formalen Gespräche war es, diese Barbareien zu beenden. Also, als wir hier auf regionaler Ebene formale Gespräche begannen, sagten sie uns, sie hätten keine Befugnisse. Also gut, dann bringen wir die formalen Gespräche auf eine höhere Regierungsebene und sprachen mit denselben Institutionen auf höherer Staatsebene. Sie versprachen uns Dinge, aber nie passierte etwas, also mehr als Worte. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Zunächst versuchte die Friedensgemeinde im Dialog mit lokalen staatlichen Institutionen einen präventiven Schutz zu erwirken, aber auch, durch Anzeigen bei den ermittelnden Behörden und Gerichten, Strafen für die begangenen Verbrechen einzufordern. Als dies keine Wirkung zeigte, wandten sie sich an nationale staatliche Behörden. Als diese präventiven Bestrebungen und die formalen Rechtsmittel nicht wirkten, suchte die Gemeinde zunächst eine engere und gemeinschaftliche Zusammenarbeit mit den zuvor einzeln kontaktierten Institutionen, wie J.E. fortfuhr zu erzählen:

Das brachte uns dazu, uns selbst zu hinterfragen und die Strategie zu ändern. Nach dem Massaker im Jahr 2000 im Weiler La Unión, das von Paramilitärs begangen wurde, die von einem Hubschrauber der 17. Brigade begleitet wurden, baten wir den ko-

kolumbianischen Staat um eine spezielle Untersuchungskommission, in der die Generalstaatsanwaltschaft, die Ermittlungsbehörden, die nationale Ombudsstelle für Menschenrechte und eine Person der Vereinten Nationen als Beobachter vertreten sein sollte. Uns war klar, dass das nirgendwo hinführt, aber es war eine Strategie, um auf nationaler und internationaler Ebene zu zeigen, dass das ein Staat ist, in dessen Institutionen Unrecht und Korruption herrscht. Also die spezielle Untersuchungskommission existierte zwei Jahre, vom Jahr 2000 bis 2002. In dieser Kommission wurden über 130 Aussagen getätigt, in denen die Verantwortlichen der Militärs und Paramilitärs namentlich benannt wurden. Bis zum Jahr 2002, in diesen zwei Jahren wurden drei unserer Zeugen von Soldaten und Paramilitärs ermordet und die Verfolgung der Opfer nahm zu. Eine Person machte eine Aussage und zwei, drei Tage später waren die Soldaten und Paramilitärs hinter ihr her, die Leute hier fragend, wo sie wohne, sie müssten mit ihr sprechen. Das ließ erkennen, dass es in der Staatsanwaltschaft, in der Ombudsstelle und in der Vizepräsidentschaft keine Unparteilichkeit gab, obwohl es eine Beobachtung durch eine internationale Organisation wie der UNO gab. Und das Schlimmste war, es gab keinen Willen, Gerechtigkeit walten zu lassen. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Als auch die engere Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen nicht mehr einbrachte, als die Verfolgung und Ermordung von Zeug_innen, die vor der besagten Kommission aussagten, änderte die Friedensgemeinde erneut ihre Strategie und unterließ die Zusammenarbeit mit den Institutionen des kolumbianischen Justizsystems:

Das brachte uns wieder dazu, uns zu hinterfragen. Im Jahr 2003 machten wir den Bruch mit der Justiz des kolumbianischen Staates öffentlich, hielten aber die formalen Gespräche mit anderen Institutionen, wie der Ombudsstelle und der Vizepräsidentschaft aufrecht. Wir machten eine öffentliche Erklärung, dass wir keine Aussagen mehr machen werden. Wir machten deutlich, dass in der Staatsanwaltschaft kein Wille vorhanden ist, Gerechtigkeit walten zu lassen und keine Unparteilichkeit existiert, sondern dass es eine weitere Institution innerhalb einer Kriegsstrategie ist. Denn das war eine Staatsanwaltschaft, die nicht die Kriminellen, sondern deren Opfer verfolgte. Das konnten wir zeigen, mit den ermordeten Zeugen, mit anderen Zeugen, die weiterhin verfolgt wurden. Das ließ erkennen, dass es sich um eine weitere Kriegswaffe handelte, eine Institution innerhalb der Kriegsstrategie des Staates. Na gut, aber wir hielten die formalen Gespräche mit anderen Institutionen des Staates aufrecht. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

In der Wahrnehmung der Friedensgemeinde setzt der ‚Staat‘ nicht nur seinen militärischen Apparat und deren konventionellen Waffen gegen die Zivilbevölkerung ein. Der ‚Staat‘ nutzte auch seine unterschiedlichen Institutionen sowie deren Programme und Aktionen, um gegen die zivilen Bewohner_innen der Konfliktregionen vorzugehen:

Als im Jahr 2005 das Massaker in den Weilern Resbalosa und Mulatos geschah, in dem Luis Eduardo Guerra ermordet wurde, ... Er war einer der klarsten Führer der Gemeinde. Wir hatten ihn ausgewählt, um mit dem kolumbianischen Staat die Umsetzung der Vorsorgemaßnahmen abzusprechen, die die Interamerikanische Menschenrechtskommission im Jahr 1998 diktiert hatte und in denen sie vom kolumbianischen Staat

forderte, die Zivilbevölkerung der Friedensgemeinde zu schützen und zu respektieren, was der kolumbianische Staat zu keinem Zeitpunkt probiert hat. Nach dem Massaker im Jahr 2000 wurde eine weitere einstweilige Verfügung formuliert, in der der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof den Staat drastischer aufforderte, die Maßnahmen zu erfüllen. Aber der Staat setzte sich über die internationalen Forderungen hinweg und beging ein weiteres Massaker an der Gemeinde. Wegen dieser ganzen Geschichte deklarierten wir uns nach dem Massaker vom 21. Februar 2005 im Bruch mit allen Institutionen des Staates, denn das war einfach zu viel. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Auch wenn es paradox erscheinen mag, als Gemeinde die Beziehungen zu dem ‚Staat‘ abubrechen, in dem die Gemeindemitglieder leben und deren Teil sie sind, macht im Fall der Friedensgemeinde dieser ‚Bruch‘ letztendlich die historisch brüchigen Beziehungen zu staatlichen Institutionen offensichtlich und kommunizierbar. Im Unterschied zu Burnyeat, die diesen ‚Bruch‘ als Teil eines radikales Narrativs der Friedensgemeinde interpretiert, welches den ‚Staat‘ homogenisiert und dämonisiert (Vgl. 2018, 16, 85, 127, 169), handelt es sich m.E. eher um einen performativen und kommunikativen Akt seitens der Friedensgemeinde, die in dem von ihr deklarierten ‚Bruch‘ einen symbolischen Ausdruck für die bereits existierende brüchige Beziehung gefunden hat, der es ihr erlaubt, die Verantwortlichkeiten für diese zu benennen. Meines Erachtens stellt sich die Frage, wer den ‚Bruch‘ der Beziehungen tatsächlich begangen hat: staatliche Behörden, die ihre rechtsstaatlichen Funktionen nicht wahrnehmen, oder die Friedensgemeinde, die genau dies versucht, öffentlich zu machen?

Dafür, dass die Bedeutung dieses ‚Bruches‘ eher auf einer symbolischen Ebene der Kommunikation anzusiedeln ist, spricht auch die Tatsache, dass sich der ‚Bruch‘ auf der Handlungsebene gar nicht so radikal zeigt. Die Bewohner_innen interagieren sehr wohl mit staatlichen Institutionen, wenn auch stark eingeschränkt: So erhalten bspw. einige Lehrer_innen und Erzieher_innen Gehälter vom Bildungsministerium, die Schulspeisung wird vom Familienwohlfahrtsamt finanziert oder Gemeindemitglieder nehmen unter gewissen Umständen an Versammlungen mit staatlichen Funktionären oder bei Anhörungen des Verfassungsgerichtes teil (Vgl. bspw. Corte Constitucional 2012). Darüber hinaus legitimieren sie diesen ‚Bruch‘ mit den staatlichen Institutionen häufig mit einem Verweis auf Artikel 18 der kolumbianischen Verfassung, welcher die Gewissensfreiheit garantiert und besagt, dass niemand gezwungen werden kann gegen sein Gewissen zu handeln. Sie begründen den ‚Bruch‘ mit staatlichen Institutionen also mit einem staatlich verbrieften Recht, genauso wie sie die meisten ihrer Forderungen mit Verweisen auf die Verfassung und das humanitäre Völkerrecht stützen. Für die Friedensgemeinde ist dieser ‚Bruch mit dem Staat‘ eine diskursive Strategie, um die staatlichen Institutionen an ihre Pflichten zu erinnern und deren Erfüllung einzufordern. Dies findet seinen Ausdruck auch darin, dass die Gemeinde diesen ‚Bruch mit dem Staat‘ keinesfalls als endgültig betrachtet und konkrete Bedingungen für die Wiederaufnahme von Beziehungen stellt. Insbesondere J.E. betonte mehrfach, dass wenn die kolumbianische Justiz sich gewillt zeige ihre Aufgabe zu erfüllen, sei man auch wieder bereit mit dem ‚Staat‘ zusammenzuarbeiten:

Es ist ja nicht nur unsere Gemeinde, die massakriert wurde. Die Indigenen- und Afro-Gemeinden im ganzen Land, die ganzen Bauern, sie mussten dasselbe erleben. Das sind tausende und tausende Tote in Kolumbien, Millionen von Vertriebenen, Exilierte. Und alles verbleibt in Straflosigkeit. Das Schlimmste ist, dass sie weiterhin die Zivilbevölkerung angreifen, das ist ein krimineller Staat. Das können wir nicht anerkennen und legitimieren. Deshalb sagen wir, wenn der Staat wirklich Gerechtigkeit schafft in diesen tausenden Verbrechen, die in Kolumbien begangen wurden, wenn der Staat Gerechtigkeit zeigt, dann werden wir wieder an diesen Staat glauben. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass es nach dem ‚Bruch‘ der Gemeinde mit dem ‚Staat‘ bzgl. der zwei oben beschriebenen Massaker in der Unión und in Mulatos, also in zwei von insgesamt circa 230 Mordfällen, zu Verurteilungen kam. Im Jahr 2009 wurde ein demobilisierter Paramilitär des ‚Bloque Héroes de Tolová‘ für das Massaker im Weiler La Unión verurteilt (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 55). Für das Massaker in den Weilern Mulatos und Resbalosa wurden zwischen den Jahren 2010 und 2012 mehr Paramilitärs des ‚Bloque Héroes de Tolová‘ sowie mehrere Soldat_innen der ‚Compañía Bolívar‘, einer Einheit der 17. Brigade, zu Haftstrafen von bis zu 20 Jahren verurteilt (Vgl. El Espectador 2010b; 2012a; 2012b; 2018e). In beiden Fällen gab es zunächst nur Verurteilungen von befehlsausführenden Kämpfer_innen und Soldat_innen. Erst im Mai 2019 wurde drei Offiziere, darunter der befehlshabende Oberstleutnant sowie ein Major und ein Feldwebel, der beteiligten Militäreinheit beim Massaker im Weiler Mulatos zu 34 Jahren Haft verurteilt (Vgl. El Tiempo 2019a). Nachdem die Haftbefehle gegen die drei Offiziere für neun Monate nicht vollstreckt wurden, wurden sie am 30. Dezember 2019 von einer Richterin des Übergangsjustizapparates (JEP) aufgehoben (Vgl. El Espectador 2020a). Die Friedensgemeinde hat die Übergangsjustiz daraufhin aufgefordert, den Fall wieder der ordentlichen Justiz zu übergeben (Vgl. El Espectador 2020b). Darüber hinaus wurden weder Offiziere höherer Dienstgrade bzw. die befehlshabenden Generäle der 17. Brigade noch die intellektuellen Verantwortlichen dieser Verbrechen zur Rechenschaft gezogen.

Ab dem Jahr 2006 wurden keine Massaker mehr an der Friedensgemeinde begangen. Allerdings hielten die Verfolgungen und Morde ziviler Bewohner_innen der Seraniá de Abibe, sowohl von Mitgliedern der Friedensgemeinde als auch von Nicht-Mitgliedern, mit einer großen Selbstverständlichkeit an. Die folgende Vignette über die Ereignisse, Geschichten und Gerüchte rund um die Beerdigung eines Jungen in San José de Apartadó im Jahr 2008 soll dieses selbstverständliche Töten der Bewohner_innen dieser Zone illustrieren:

Bevor der Sarg in das Loch des lehmroten Bodens verschwand, der sich leuchtend von dem sattem Grün der dahinterliegenden Wiese und des Waldes absetzte, wurde er noch einmal geöffnet. Dem im Sarg zum Vorschein gekommenen Leichnam eines 16jährigen Jungens, fast noch einem Kind, gaben Familienangehörige und Freunde persönliche Dinge wie Fußballschuhe und Kleidung bei. Bei dem Blick in den Sarg überraschte mich wie gut erhalten bzw. präpariert der Kopf und das Gesicht des Jungen erschienen – jemanden, der durch Kopfschüsse getötet worden war, hatte ich mir anders vorgestellt. Die Beerdigung des Jungen war das letzte Kapitel in der ‚Chro-

nik eines angekündigten Todes²⁶, eines Todes, dessen Umstände nicht aufgeklärt werden sollten. Das ist kein Einzelfall in der kolumbianischen Konfliktgeschichte, die eine Geschichte von vielen angekündigten und ungeklärten Todesfällen ist.

Am 25.03.2008, vier Tage vor der Beerdigung des Jungen berichtete der lokale Armeesender in Apartadó, dass es Gefechte zwischen der Guerilla und dem Militär in der Zone um San José de Apartadó gegeben habe, wobei ein Guerillero ums Leben gekommen sei. Diese Nachricht wurde von den Bäuer_innen vor Ort mit Skepsis aufgenommen, da zwar in den Tagen zuvor viel Militär unterwegs gewesen war, aber nirgendwo Gefechte zu sehen oder zu hören gewesen waren. Schnell äußerten sie die Befürchtung, dass es sich bei dem getöteten Guerillero um einen Bauern handeln könnte. Zwei Tage später suchte eine Familie der Zone, die nicht Teil der Friedensgemeinde war, die Gemeinde auf und bat den Internen Rat ihr dabei zu helfen, die notwendigen Formalien abzuwickeln, um die Leiche ihres Sohnes, der zwei Tage zuvor vom Militär in dem benachbarten Landkreis Carepa erschossen worden war, aus der Gerichtsmedizin in Apartadó zu erhalten und nach San José zu überführen. Am 28.03.2008 fuhren wir – J.E., G.T., ein Familienmitglied des Jungen und ich – nach Apartadó. Mit Unterstützung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes erreichten wir, dass der Leichnam des Jungen von der Gerichtsmedizin einem Bestattungsinstitut übergeben wurde, das die Überführung nach San José de Apartadó organisierte, wo er am folgenden Tag begraben wurde.

Da weder die Gerichtsmedizin noch das Militär Informationen zu den Todesumständen gaben, sondern bei der Version blieben, dass der Junge bei Gefechten mit der Guerilla in der Zone von San José de Apartadó gefallen sei, rankten sich am Tag seiner Beerdigung eine Reihe von Gerüchten um sein Schicksal. Einige meinten, er sei tatsächlich bei der Guerilla gewesen, habe in Carepa eine ‚vacuna‘ – ein erpresstes Schutzgeld – eingesammelt und sei dabei vom Militär überrascht und erschossen worden. Andere glaubten, er sei bei der Guerilla gewesen, wurde aber von dieser hingerichtet, weil er fliehen wollte. Die meisten Bewohner_innen trauten ihm nicht zu bei der Guerilla zu sein und hielten ihn für einen der vielen am Gewaltkonflikt unbeteiligten Jugendlichen, die vom Militär getötet wurden und als ‚falsos positivos‘ bekannt sind. Als sicher galt lediglich, dass die offizielle Version, er sei in einem Gefecht mit der Guerilla in der Zone um San José de Apartadó gefallen, falsch war.²⁷

Das Töten ziviler Bewohner_innen der Serranía de Abibe durch staatliche Sicherheitskräfte ist offensichtlich eingebettet in eine öffentliche Performance, die diskursiv und medial eine eigene Realität schafft und die anscheinend den Zweck erfüllen soll, das Töten zu legitimieren. Da die Bewohner_innen diese Inszenierungen bereits kennen, dechiffrieren und interpretieren sie diese wie geheime Botschaften. Die Meldung des Armeesenders über Gefechte in der Zone, von denen kein Gemeindeglied etwas bemerkt hatte, wurde von den Bewohner_innen sofort mit der Möglichkeit getöteter Zivilpersonen assoziiert. Bemerkenswerterweise hielten staatliche Institutionen an der Performance bzw. ihrer Version der Ereignisse fest, obwohl sie der erfahrbaren Realität offensichtlich widersprach. Der Junge wurde im Nachbarlandkreis Carepa

26 Titel eines auf wahren Begebenheiten basierenden Romans García Márquez (1981), der die soziokulturellen und, wie er selbst formuliert, schicksalhaften Bedingungen des selbstverständlichen Tötens eines Menschen in Kolumbien literarisch verarbeitet.

27 Diese Vignette wurde bereits als Teil eines englischsprachigen Artikels mit dem Titel ‚Peacebuilding upside down? How a peace community in Colombia builds peace despite the state‘ veröffentlicht (Siehe Naucke 2017a).

erschossen, und ist nicht in einem Gefecht in der Zone um San José de Apartadó als Guerillero gefallen. Die Tatsache, dass sein Schicksal nicht abschließend geklärt werden konnte und Zweifel daran blieben, ob er nun Mitglied der Guerilla war oder nicht, nährte letztendlich die Befürchtungen der Bewohner_innen in der Zone, dass im Prinzip jeder Opfer willkürlicher Morde werden kann.

Obwohl die direkte physische Gewalt gegen Gemeindemitglieder seit dem Jahr 2008 kontinuierlich abnimmt, hielten die selektiven Morde an den zivilen Bewohner_innen in der Zone an, wie auch der Bauer G.T. kommentierte:

Auch nach 2008 haben sie verschiedene Personen ermordet. Im Jahr 2008 selbst ermordeten sie eine Frau im Alter von 58 Jahren in dem Weiler Arenas Bajas. Das Militär tötete sie und präsentierte sie als eine Guerillera, die im Gefecht gefallen sei. Dabei hatte sie gerade Yucca geerntet. Sie war praktisch bereits eine Seniorin. Sie zogen ihr Tarnkleidung an und alles, brachten sie nach Turbo und verbreiteten es über die Nachrichten: ‚Eine Guerillera gefallen im Gefecht‘. Es gab einige, die seitdem ermordet wurden. Aber es hat sich verändert, die Morde sind zurückgegangen. (G.T., 30.08.2013, San José de Apartadó – Mulatos)²⁸

Die Abnahme der Morde wurde von den Gemeindemitglieder selbstverständlich registriert. Interessanterweise wurde diese Abnahme allein allerdings noch nicht als ein Indiz für eine positive oder friedliche Entwicklung der Region empfunden. So erklärte mir J.E., dass aus der Perspektive der Friedensgemeinde, eine abnehmende Mordrate ein vernachlässigbarer Indikator ist, solange die absolute Zahl an Morden zunehme:

Am Ende bleiben die Sachen doch gleich, um nicht zu sagen, sie werden schlimmer. In demselben Maß, wie die Zeit vergeht, halten die Morde an und hält die Verfolgung der Zivilbevölkerung an. Und das ist doch eine Verschlimmerung. Wenn es nur einen Toten mehr gibt, dann macht das die Sache schlimmer. Angenommen, wir hätten dieses Jahr nur vier, fünf Tote, dann hat sich doch nichts verringert, dann sind da fünf durch Gewalt Getötete hinzugekommen. Also, da verbessert sich doch nichts, es verschlimmert sich, aber das hängt wohl vom Standpunkt ab. (J.E., 24.03.2013, San José de Apartadó)

Eine rein statistische Analyse könnte zu dem Schluss kommen, dass eine abnehmende Mordrate Ausdruck einer positiven Entwicklung sei. Für die von der Gewalt unmittelbar betroffenen Menschen in einer Konfliktregion macht jede weitere tote Person die Situation schlimmer. Der Bauer J.E. misst dem absoluten Anstieg der Morde mehr Bedeutung bei als dem Sinken der durchschnittlichen Mordrate. Während die Rate in den letzten Jahren abnimmt, nimmt die absolute Zahl der Morde weiterhin zu, was aus der Perspektive der Friedensgemeinde eben nicht ausreicht, um von einer positiven Entwicklung der Bedrohungssituation sprechen zu können.

Handelsblockaden

Mit der Reduzierung der direkten Gewalt nahm allerdings die Verfolgung der Friedensgemeinde nicht ab. Die Strategien und Formen, sie zu schwächen, verfeinerten sich

28 Der Fall findet auch Erwähnung bei Giraldo (Vgl. 2010, 84).

vielmehr und wurden subtiler. Zum Beispiel nahmen ab dem Jahr 2009 die Handelsblockaden eine neue Form und Intensität an. Die Friedensgemeinde exportierte während meiner Besuche im Jahr 2006 und 2008 sehr erfolgreich Bananen, wovon im Jahr 2013 nichts mehr zu sehen war, was der Bauer G.T. in einem Interview auch bestätigte:

P.N.: Sag mal, was ist eigentlich mit den Bananen passiert, produziert ihr die nicht mehr? Im Jahr 2008 war das doch das Produkt ...

... für den Export. Uf, da haben wir Bananen exportiert wie verrückt. Ich war von 1998 bis 2005 für den Export verantwortlich. Ich kontrollierte und überprüfte die Bananenproduktion. Sprach und koordinierte den Anbau mit den Leuten. Es gab eine Zeit, da ernteten wir sieben Tonnen pro Woche.

P.N.: Wöchentlich?

Sieben Tonnen wöchentlich. Das waren gute Einnahmen, sehr gute, sehr wichtige und stabile. Die Leute hatten jede Woche etwas. Nicht viel, aber einen Tropfen, einen Tropfen, der jede Woche auf sie fiel. Damit konnten die Leute gut überleben. Aber es gab ein Problem. Die Paramilitärs setzten die Unternehmen unter Druck, unsere Produktion nicht mehr anzunehmen.

P.N.: Wirklich?

Das war's, damit war der Export beendet. Das war eine Blockade. Wir haben dann versucht, nach Deutschland zu exportieren. Wir machten ein paar Sendungen, aber damit scheiterten wir. Wir scheiterten, denn der Handel nach Europa ist komplizierter. Es ist einfach weiter weg. Die Sendung dauerte 30 Tage, um dort anzukommen und wenn sie dort ankam, war sie schlecht [lacht]. Sie kam dort verdorben an. Damit sind wir gescheitert. Bananen exportieren wir jetzt nicht mehr. Wir konsumieren sie selbst, aber wir exportieren nicht mehr. Vielleicht schaffen wir das nochmal in der Zukunft. Mal sehen. (G.T., 30.08.2013, San José de Apartadó – Mulatos)

Bananen sind für die kleinbäuerliche Wirtschaftsweise der Gemeinde mit ihrem Fokus auf den Anbau von Subsistenzprodukten ein sehr vorteilhaftes, komplementäres Kommerzialisierungsprodukt. Auf Grund des Klimas werden Bananen das ganze Jahr über geerntet und können so kleine, aber konstante Einnahmen für die Bäuer_innen generieren. Ein Produkt wie Kakao kann nur zweimal im Jahr geerntet werden, generiert bei entsprechend großem Anbau natürlich auch mehr Einnahmen zu diesen beiden Erntezeiten. Für eine kleinbäuerliche Wirtschaftsweise, in der die Kleinbäuer_innen gewöhnlich nicht über Bankkonten verfügen und Geld in der Regel nicht gespart oder zurückgehalten, sondern sofort ausgegeben wird, sind konstante kleinere Einkommen von größerem Nutzen als seltene große Einkommen. Die Friedensgemeinde exportierte bis 2009 Bananen zunächst über den kolumbianischen Bananenexporteur ‚Uniban‘ und später direkt über ‚BanaFair‘ nach Deutschland. Doch dieser Export wurde von den Bananen-Unternehmer_innen im Urabá und den, teilweise mit ihnen zusammenarbeitenden, paramilitärischen Gruppen unterbunden. Wie sich diese Blockade entwickelte, erklärte mir J.E.:

P.N.: Im Jahr 2008 habt ihr viele Bananen angebaut. Jetzt ist der Bananenexport zusammengebrochen. Warum, was ist da passiert?

Ah ja, das ist Teil der Blockaden, nicht wahr, ein kleiner Teil der Blockaden. Wir ha-

ben die Baby-Bananen über Uniban exportiert. Aber du weißt ja, dass die Unternehmen hier in der Zone Urabás Verbindungen zu den Paramilitärs haben. Nach all den Anstrengungen, die wir unternommen haben, um den Paramilitarismus öffentlich zu machen, begannen plötzlich Probleme, sodass wir den Export nicht mehr aufrechterhalten konnten. Die ganze Industrie wird von Paramilitärs kontrolliert, und da wir die so oft öffentlich beschuldigt hatten, begannen sich die Räume für uns zu schließen. Es ging damit los, dass unsere Bananenlieferungen nicht mehr verschifft und uns zurückgegeben wurden, sie exportierten unsere Bananenlieferungen nicht mehr. Wir suchten dann den Weg über den fairen Handel und fanden eine direkte Verbindung nach Deutschland. Aber trotzdem blieb es schwierig, denn wir brauchten ja die Kartons. Aber weil die komplette Industrie von den Paramilitärs kontrolliert wird, verkauften sie uns nicht mal die Verpackungen. Ohne die Verpackungen, konnten wir die Bananen nicht verschicken. Das waren also verschiedene Probleme, erst verwehrten sie uns den Markt, dann verwehrten sie uns die Verpackungen. Dann erhöhten sich damit aber auch die Transportkosten, denn zuerst wurden die Bananen hier in Turbo verschifft. Der Transport kostete uns 150.000 Pesos. Um sie dann nach Deutschland zu schicken, musste man sie zuerst bis Cartagena bringen, und das kostete dann 2.000.000 Pesos. Na und, den Unterschied von 150.000 zu 2.000.000 geht natürlich von dem Gewinn ab, den die Bauern jede Woche erhalten. Diese Marge, die man vergrößern muss, – der Transport fraß den Gewinn der Bauern. Außerdem gibt es eine weitere Schwierigkeit. Von hier nach Turbo kam die Frucht in zwei, drei Stunden bis ins Schiff, aber von hier nach Cartagena braucht sie zwei, drei Tage. Das hat alles Implikationen, nicht wahr? Das führte alles dazu, dass wir den Handel mit Deutschland nicht aufrechterhalten konnten. Ich war selbst vor zwei Jahren bei BanaFair in Deutschland und habe mit dem Koordinator gesprochen. Am Ende sagte er: ‚Nein, es ist unmöglich, lass uns über andere Produkte nachdenken, aber mit den Bananen geht es nicht.‘ (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

Mit der Blockade des Bananenexports wurde der Verkauf des landwirtschaftlichen Produkts der Region unterbunden, welches sich zu diesem Zeitpunkt gewinnbringend anzubauen lohnte. In der Zone von San José de Apartadó existiert keine öffentliche Infrastruktur, die den Kleinbäuer_innen für ihre landwirtschaftlichen Produkte einen fairen Zugang zum lokalen, regionalen, nationalen oder wie bei den Bananen auch internationalen Markt erlaubt. Dieses kommerzielle Produkt zu blockieren, trifft nicht nur die Friedensgemeinde als Organisation, sondern jedes einzelne Mitglied, deren Einnahmen hochgradig von dem Bananenexport abhängig waren. Die Gemeinde konnte den Bananen-Export ein Stück weit durch den Export von Kakao substituieren. Seit dem Jahr 2010 wird Bio-Kakao für den fairen Handel angepflanzt und an das englische Kosmetik-Unternehmen LUSH exportiert. Allerdings generiert der Kakao, wie bereits erwähnt, auf Grund von nur zwei Erntezeiten im Jahr nicht dieselben konstanten Einkommen wie der Bananenexport, was u.a. den in Kapitel 3.2 thematisierten Anstieg von Darlehenswünschen erklärt.

Koka-Anbau

Eine weitere Veränderung bezüglich der landwirtschaftlichen Produktion in der Serranía de Abibe, die zwischen meinen Forschungsaufenthalten im Jahr 2008 und 2013 zu beobachten war, war die Einführung des Koka-Anbaus. Die Vollversammlung der Friedensgemeinde beschloss, dass sich Gemeindemitglieder nicht am Koka-Anbau beteiligen dürfen. Die Einhaltung dieses Verbotes war insofern eine Herausforderung, da mit der Einführung des Koka-Anbaus in dem Moment, indem die Bananenproduktion zusammenbrach, ein zwar illegales, aber eben ein Einkommengenerierendes landwirtschaftliches Produkt Einzug in die Region hielt. Der Anreiz für die Kleinbäuer_innen, Koka anzubauen, war offensichtlich groß, denn ihre bis dato wichtigste kommerzielle Einnahmequelle hatten sie gerade verloren und die neue Einnahmequelle versprach gute Gewinnmargen. Wie es zu der Einführung des Koka-Anbaus in der Serranía de Abibe kam, erzählte mir der Bauer G.T.:

Koka ist eine Pflanze, die es hier gar nicht gab. Koka kam zwischen 2005 und 2008 in die Zone. Man wird uns das nicht glauben, aber es kam die Polizei, es kam das Militär und es kamen einige Paramilitärs, die Sicherheiten anboten für den Anbau und Handel von Koka. Die Paramilitärs liehen die Ressourcen, um die Samen zu kaufen, und boten das Wissen, um das alles bearbeiten zu können, was mit der Pflanze zu tun hatte. Das Militär und die Polizei erlaubten den Anbau von der Serranía bis zu den Weilern Resbalosa, Esperanza, Nieves und Porvenir. Einige Leute säten auf jener Seite, aber andere Leute säten auch auf dieser Seite von dem Hügel hierher, also von der Serranía zu dieser Seite herunter. Und so begann sich das auszubreiten bis zu einem Punkt, dass es dieses Jahr zum Beispiel bereits zwei Besprühungen gab. Dieses Jahr ist das erste Jahr, in dem wir Besprühungen unseres Landes sahen. Die erste Besprühung gab es Anfang des Jahres und die zweite vor zwei Wochen. Das trifft nur die Kokabauern sehr wenig, obwohl einige hat es getroffen. Aber hauptsächlich trifft es Leute, die gar kein Koka haben, sondern ihr tägliches Brot anbauen, Mais, Bohnen, Yucca, Reis, Bananen und Weideland. Diese Pflanzen sind nicht resistent gegen das Gift. Die Bohnenpflanze zum Beispiel, die ist nach zwei Tagen vertrocknet. Während das Koka, da gibt es richtige Experten, die besprühen ihre Pflanzen mit Milch und Melasse, und können ein paar Koka-Blätter retten, während bei den Pflanzen des täglichen Bedarfs nichts zu retten ist. Die sterben weg. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Während G.T. in diesem Auszug bereits über einige Konsequenzen des Kokaanbaus berichtete, gab er mir in einem informellen Gespräch detailliertere Informationen zur Einführung des Koka-Anbaus, die auch der Bauer E.G. ganz ähnlich wieder gab. Nachdem sie im Jahr 2005 den Dorfkern von San José de Apartadó verlassen hatten, zog zusammen mit dem Militär und den neu angesiedelten Bewohner_innen ein Paramilitär in den Dorfkern. Dairo de Jesús Rodríguez alias Lalo unterstützte und koordinierte wohl nicht nur paramilitärische Aktionen von San José de Apartadó aus, sondern kam auch mit dem nötigen Geld und dem Wissen, um die Koka-Produktion in der Region anzuschieben. Es heißt, dass er ein paar Bäuer_innen organisierte, für die nötige Infrastruktur sorgte und die geernteten Koka-Blätter den Kleinbäuer_innen abkaufte.

Natürlich interessierte mich, ob sich das Geschäft für die Koka produzierenden Kleinbäuer_innen überhaupt wirklich lohne, was mir G.T. allerdings nicht verraten wollte oder konnte:

P.N.: Aber rentiert es sich Koka anzubauen, rentiert es sich mehr als andere Produkte? Es gibt Leute, die sagen ja, andere sagen nein, wir wissen es nicht. Am Ende wissen wir es nicht. Als das mit der Präsenz von Koka begann, versammelten wir die Leute, die, die Teil der Friedensgemeinde sind, aber auch andere Bauern, die es nicht sind. Wir sagten allen: ‚Kommt, wir müssen darüber reden.‘ Wir machten in allen Weilern Versammlungen und eines der Themen war Koka. Wir warnten alle Leute davor, dass der Anbau von Koka zum Problem werden würde, denn das ziehe die bewaffneten Akteure an, die Guerilla genauso wie die Paramilitärs, wegen des Geldes was da bewegt wird. Beide werden das kontrollieren und sich des Marktes bemächtigen wollen. Das Ganze wird außerdem die Umwelt verändern, denn damit kommt eine Pflanze, die nicht von hier ist. Und wenn die Leute das wie verrückt anpflanzen, dann hat das Folgen für die Wasserquellen und die Tiere, entweder durch die Chemikalien, die man für die Behandlung der Pflanze braucht, oder durch die Besprühungen, die irgendwann kommen werden. Und das wird auch Leute treffen, die kein Koka haben. Das kündigten wir so an und warnten die Leute. Aber die Leute begannen anzubauen und mittlerweile gab es schon zwei Besprühungen. Die ersten ziehen sich wieder zurück. Einige, die nicht Mitglieder der Gemeinde sind, sagten bereits: ‚Wenn wir so denken würden, wie die Gemeindemitglieder denken, hätten wir jetzt nicht die Probleme.‘ Das ist ein so fruchtbares Land, man braucht hier keine Chemikalien, um Mais und Bohnen anzubauen. Den Mais kann man so hinschmeißen und er wächst ohne die Notwendigkeit von Chemikalien. Sie machen das Land kaputt mit den ganzen Chemikalien. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Dafür spricht aus dem Interviewauszug die Sorge von Kleinbäuer_innen um die wichtigste Grundlage ihrer Lebensweise, nämlich das Land. Entgegen anders lautenden Vorurteile in Kolumbien, die insbesondere von Großgrundbesitzer_innen und Viehalter_innen genährt und verbreitet werden, ist die chemiefreie kleinbäuerliche Landwirtschaft die nachhaltigste, umweltschonendste und produktivste Bewirtschaftungsform landwirtschaftlicher Flächen in marginalisierten und infrastrukturell kaum eingebundenen Räumen. Sie lebt von dem detaillierten Wissen über die lokalen geo-physischen Zusammenhänge, über die Bodenbeschaffenheit und die Wasserquellen sowie über die einheimische Flora und Fauna, welches G.T. in dem Interview andeutet.

Wie von den Gemeindemitgliedern vorausgesehen, begannen sich alle bewaffneten Akteure der Zone für die Kontrolle des Kokahandels zu interessieren. Alias Lalo wurde im Jahr 2009 im Dorfkern von San José de Apartadó von der Guerilla FARC erschossen, obwohl Militär und Polizei dort zu diesem Zeitpunkt stationiert waren (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 212). Danach konkurrierten zwei Einheiten der FARC, ihre 5. und 58. Front, mit der paramilitärischen Gruppe AGC um die Kontrolle des Kokahandels, wobei diese Konkurrenz auch durch punktuelle Kooperationen abgelöst wurde. Während meines Forschungsaufenthaltes 2013 machte bspw. plötzlich das Gerücht unter den Kleinbäuer_innen der Serranía die Runde, laut dem die Guerilla die Zivilbevölkerung davor gewarnt habe, dass es in der Zone zu Gefechten mit den Paramilitärs kom-

men könnte, da Absprachen im Kokainhandel nicht eingehalten worden seien. Laut der Aussagen der Gemeindemitglieder sind diese Kooperationen ganz selbstverständlich, weil der Anbau der Koka-Blätter, die Verarbeitung der Blätter zu Koka-Paste und der Handel des Kokains in und durch unterschiedliche Territorien hindurch passiert, die von verschiedenen illegalen und legalen bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. Auch wenn genügend Fälle von der Verstrickung kolumbianischer Polizist_innen, Soldat_innen und Politiker_innen mit dem Drogenhandel bekannt sind (Vgl. El Espectador 2018b; 2018d; 2018f), lässt sich in diesem Fall schwer nachweisen, dass die Polizei und das Militär die Einführung des Koka-Anbaus in der Zone erlaubt oder gebilligt haben. Bei den Gemeindemitgliedern über diesen Zusammenhang weiter nachfragend, wurden mir zumindest Theorien über die Koka-Einführung in der Zone erläutert, die unabhängig davon ob sie stimmen, viel über die Wahrnehmung vom staatlichen Agieren in der Zone seitens der Bewohner_innen der Friedensgemeinde verraten. Der Bauer J.E. erzählte mir bspw. Folgendes zur Koka-Einführung:

P.N.: Mir ist aufgefallen, dass im Jahr 2008 hier niemand etwas von Koka-Pflanzungen erzählt hat. Jetzt schon. Einige, mit denen ich gesprochen habe, sagten mir, dass das sogar unterstützt wurde von...

Ja, das scheint eine Strategie zu sein. Wie ich bereits sagte, das Ziel ist es, sich das Land anzueignen. Das Land auf dem Koka angebaut wird, kann unter das Gesetz der Enteignung und Aneignung durch den Staat fallen. Im Jahr 2005 kamen das Militär und die Paramilitärs und ermunterten die Bauernschaft Koka anzupflanzen. Auf diese Weise verliert der Bauer das Recht auf sein Land. Wenn sie einen Bauern wegen Koka-Anbau schnappen, bringen sie ihn nicht hinter Gittern. Sie lassen ihn frei, aber behalten sein Land.

P.N.: Aber wer fing an das Koka anzubauen, die Bauern der Zone hier?

Ja, es gab Bauern aus dieser Zone, die während der Vertreibungen weggegangen sind und nun aus anderen Zonen zurückkamen, in denen Koka kultiviert wurde. Sie wussten, wie man das bearbeitet. Aber motiviert hat sie das Militär, das ihnen sagte, sie können für die nächsten sechs Jahre in Ruhe Koka anbauen, ohne Probleme zu bekommen. Sie sollten nur mit ihnen zusammenarbeiten. Für den Zugang zum Markt sorgte zunächst ein Paramilitär genauso wie für die Samen. Sie haben für diese Zone so etwas wie einen Zensus der Bauern, die Koka anbauen und von denen fordern sie Steuern. Während militärischer Patrouillen registrieren sie die Pflanzungen und es gibt Bauern, denen nehmen sie 1.000.000 Pesos ab, anderen nehmen sie 500.000 Pesos ab. Manchmal nehmen sie ihnen auch die Ware ab und drohen ihnen, sie bei der Brigade anzuzeigen und ins Gefängnis zu bringen. Der Bauer überlässt ihnen lieber die Ware, um nicht ins Gefängnis zu gehen. (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

Das sogenannte ‚Ley de Extinción de Dominio‘ ist im Jahr 1996 in Kraft getreten (Ley 333/1996). Zum Zeitpunkt des Interviews mit J.E. wurde es gerade überarbeitet und eine neue Version im Jahr 2014 verabschiedet (Ley 1708/2014). Es erlaubt die Enteignung von Privateigentum, das für den Drogenhandel genutzt wird oder aus Einkünften des Drogenhandels hervorgegangen ist. Das Gesetz wurde laut Gesetzgeber_in verabschiedet, um das Eigentum großer Kartelle oder Drogenhändler_innen zu beschlagnahmen, insbesondere wenn es sich dabei um Ländereien handelt, die sich diese durch Vertrei-

bungen angeeignet haben (Vgl. República de Colombia 1996, 2014). Trotzdem ist die Befürchtung unter den Bewohner_innen der Serranía de Abibe verbreitet, dass mit diesem Gesetz nicht nur das Eigentum der großen Drogenhändler_innen konfisziert werden kann, sondern auch das Land kleiner Koka-Bäuer_innen. Selbst die Bewohner_innen der Serranía, die nicht einmal in den Koka-Anbau involviert sind, fürchten, dass staatliche Behörden dieses Gesetz dazu nutzen werden, sich das Land in dieser Zone anzueignen. Der Bauer J.E. fuhr fort mir weitere Konsequenzen zu erläutern, die mit dem Koka-Anbau in der Region einhergehen:

P.N.: Was hat das für Folgen für die Gemeinde?

Na ja, das bringt ein paar Sachen mit sich, einerseits die Besprühungen und andererseits zieht das Prostitution, Bars und mehr bewaffnete Gruppen an. Am Ende interessieren sich doch alle für das Koka, die Guerilla genauso wie die Paramilitärs und das Militär. Und am Ende erheben alle eine Quote auf die Ware. Und irgendwann beginnen Besprühungen, aber die besprühen nicht die Koka-Pflanzungen, sondern sie besprühen die Nahrungspflanzen, das tägliche Brot, die Weiden, die Wälder, die Gewässer, in denen die Fische sterben und alles.

P.N.: Gibt es Mitglieder der Gemeinde, die da eingestiegen sind?

Ja, es gab Personen, die die Gemeinde verlassen haben, um dort mitzumachen. Klar, wir können nicht behaupten, dass während all der Jahre, seit 1997, niemand ausgetreten sei. Einige sind zu paramilitärischen Gruppen gegangen, einige haben Militärdienst geleistet, einige sind Koka anpflanzen gegangen und einige sind zur Guerilla gegangen. Es gab viele Leute, die die Gemeinde zu allmöglichen Seiten verlassen haben.

P.N.: Was motiviert denn die Leute Koka anzubauen, warum machen sie das?

Die Leute denken, Koka ist schnelles und einfaches Geld. Aber das ist es fast nie. Klar gibt es Leute, die damit viel Geld verdient haben, aber viele haben sich damit auch den Tod verdient, andere das Gefängnis oder andere Probleme. Jeder entscheidet, was er möchte. Trotzdem, viele Bauern machen da mit, sie sagen, es lohne sich nicht andere Landwirtschaft zu betreiben, denn eine Ladung Mais, eine Ladung Bohnen, das ist nichts wert, selbst der Kakao ist sehr billig. Ein Kilo Koka ist, ich weiß nicht, 2.000.000 Pesos wert, irgendwie sowas. Und das kann man leicht in einer Hand tragen. Um 2.000.000 Pesos mit Mais zu verdienen, muss man mehrere Maulesel schleppen lassen. Viele Bauern machen das wegen fehlender Alternativen, die letztendlich der Staat nicht bietet, oder? Das ist hier ein so fruchtbares Land, und die Institutionen ermutigen zum Anbau von Koka. Aber ich glaube, das Ziel ist, sich das Land anzueignen und dabei hilft ihnen das, denn mit diesen ganzen Gesetzen haben sie die Möglichkeit dazu. Und der Bauer fällt darauf rein. Der Staat hält die Bauernschaft in Armut, danach hilft er ihnen Koka anzubauen und danach nimmt er das Land. (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

J.E. benennt in diesem Ausschnitt nicht nur die Interessen der verschiedenen illegalen und legalen bewaffneten Gruppen an dem Geschäft mit Koka und den mit dem Koka-Anbau einhergehenden Gefahren für die Umwelt, sondern er stellt vor allen Dingen einen Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Situation der Bäuer_innen der Region, der Einführung des Koka-Anbaus sowie der Verabschiedung des Enteig-

nungsgesetzes her. Für die drei Entwicklungen sieht er die staatlichen Behörden zu unterschiedlichen Graden verantwortlich. Deren Ineinanderwirken nutze demnach den wirtschaftlichen Interessen regionaler Eliten und sei zum Nachteil der Bäuer_innen. Kleinbäuer_innen nutze der Anbau von Koka wenig. Das Kultivieren der Pflanze und das Ernten der Blätter ist zwar risikoreich, aber nicht der Schritt der Kokainproduktion, der seinen Wert schöpft. Dass Gesetze von regionalen Eliten für ihre ökonomischen und politischen Interessen ausgelegt und -genutzt werden, hat unter anderem erst zur Einführung des Koka-Anbaus im Urabá beigetragen, wie im Kapitel 2.2 beschrieben. Die Skepsis der Gemeindemitglieder überrascht vor diesem Hintergrund nicht und wird auf ähnliche Weise auch im Zusammenhang mit einem 2011 von der Regierung verabschiedeten Opfergesetz formuliert, was im nächsten Abschnitt thematisiert wird.

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, führte der Koka-Anbau zur Einführung einer neuen Regel in der Friedensgemeinde. Dass sich die Friedensgemeinde nicht am Koka-Anbau beteiligen würde, lässt sich aus den Ausführungen von G.T. und J.E. bereits erahnen. Warum der Anbau von Koka strikt abgelehnt wird, erklärte mir der Bauer G.T. auch noch einmal explizit:

Die Regel wegen des Kokaanbaus, die mussten wir hinzufügen. Wir sagten, ein Mitglied der Gemeinde kann kein Koka haben und sollte auch nichts mit seinem Anbau zu tun haben, also kein Arbeiter oder kein Lasttiertreiber sein, oder so. Wir machten verschiedene Vollversammlungen, um das zu diskutieren, und am Ende entschieden die Leute, die Regel einzuführen. Die bereits darin involviert waren, die Leute mussten gehen. Die mit dem Koka anfangen, denen sagte man: ‚Gut, wenn ihr glaubt, dass das der Weg ist, ihr seid die, die sich dafür entscheiden. Wir respektieren diese Entscheidung. Wenn ihr Koka anpflanzen wollt, respektieren wir die Entscheidung, aber respektiert auch die Entscheidung der Gemeinde. Wenn ihr gehen wollt, macht das.‘ Einige Leute sind gegangen und begannen selbst anzubauen, andere wurden zu Ras-pachines, so werden die Arbeiter genannt. Gut. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Wegen der verschiedenen angeführten Gründe, wie bspw. der verstärkten Präsenz bewaffneter Akteure, der Folgen der Besprühungen für die geo-physische Umwelt und der möglichen Enteignung des Landes, machte die Friedensgemeinde das Verbot, Koka anzubauen zu einer Regel, deren Verletzung ebenfalls mit dem Ausschluss sanktioniert wird. Laut der Friedensgemeinde beschränken sich die Ausschlüsse von Mitgliedern auf Grund deren Beteiligung am Kokaanbau auf wenige Familien, ganz im Gegensatz zu einer Vielzahl von Familien, die auf Grund ihrer Beteiligung an dem Opfergesetz die Gemeinde verlassen mussten.

Opfergesetz

Im Jahr 2011 verabschiedete die kolumbianische Regierung ein sogenanntes Opfergesetz (Ley 1448/2011). Das ‚Ley de Víctimas y Restitución de Tierras‘ war das erste Gesetz in Kolumbien, dass die Anerkennung der Opfer des bewaffneten Konfliktes in den Fokus stellte und deren integrale Wiedergutmachung regeln sollte (Vgl. República de Colombia 2011). Als Teil dieser integralen Wiedergutmachung sieht es Entschädigungen vor, die die direkten Angehörigen von Opfern des Konfliktes in Form individueller Geldzah-

lungen erhalten sollen. Die Friedensgemeinde sieht dieses Gesetz sehr kritisch. Ihre Vollversammlung beschloss, dass sich Mitglieder an dieser Form von Entschädigung nicht beteiligen sollten und dass diejenigen die sich daran beteiligen, die Gemeinde verlassen müssten. Warum dieses Gesetz von der Friedensgemeinde so kritisch gesehen wird erklärte mir ebenfalls der Bauer G.T.:

P.N.: G., was ist eigentlich das Problem mit der Reparation?

Die Bezahlung der Opfer, die Reparation der Opfer, das haben wir mit ins Regelwerk aufgenommen, weil es viel Schaden anrichtet und wir glauben, dass man eine Reparation anders machen sollte. Wir meinen, dass ein Leben keinen Preis hat und dass das, was die Regierung macht, ein Spiel mit den Angehörigen der Opfer ist. Sie bezahlen ein gewisses Geld, damit diese Familie den Mund hält und nicht weiter die Regierung anklagt, denn wenn man die Reparation annimmt, kann man die Regierung nicht mehr anklagen, man muss schweigen. Und daneben gibt es viele Personen in dieser Zone, die die Reparation bekommen haben und wo das viele Probleme verursacht hat. Denn was die Regierung gibt, dieses Geld, wird häufig nicht gut in den Familien aufgeteilt. Das hat zu viel Zwiespalt in den Familien hier geführt, hier haben sich Familien zerstritten, wegen dieser ‚Brotkrümel‘. Das haben wir uns genau angeschaut, und dann die Regel in das Regelwerk aufgenommen. Und es gab sogar Leute aus dem Internen Rat, also die vorher mal im Internen Rat waren, und sie mussten die Gemeinde verlassen. Ja, das tut uns bis heute weh, denn das waren Leute, die die Gemeinde sehr voran gebracht haben. Mit diesem Schmerz in der Seele mussten wir ihnen sagen, ihr müsst gehen, ihr verlasst die Gemeinde.

P.N.: Und wie haben sie reagiert?

Die sind sich dessen bewusst. Es gab Leute, die haben sich vor die Vollversammlung gestellt und gesagt: ‚Ja, ich war bei den Behörden und ich weiß, dass man das in der Gemeinde nicht machen kann, aber ich habe es gemacht. Wie auch immer, die Vollversammlung entscheidet. Wenn wir gehen müssen, gehen wir.‘ Und so war das, die Vollversammlung hat entschieden, dass das nicht erlaubt ist. Personen, die in dem Prozess der Opfer-Reparation waren und darin bleiben wollten, mussten die Gemeinde verlassen. (G.T., 30.08.2013, San José de Apartadó – Mulatos)

Laut G.T.s Ausführungen stellt, in den Augen der Friedensgemeinde, die Auszahlung individueller Geldzahlungen erstens keine moralisch-adäquate Wiedergutmachung für die erfahrene Repression und den Verlust von Verwandten, Freunden und der Gemeinschaft dar. Und zweitens werden einige dieser Geldzahlungen, häufig ohne Wissen der Empfänger_innen, als außergerichtliche Einigungen deklariert, wodurch die Opfer das Recht verlieren, ihren Fall weiterhin juristisch zu verfolgen. Diese weit verbreitete, aber weder in öffentlichen Debatten noch in wissenschaftlichen Publikationen thematisierte, Praxis werde ich im Kapitel 4.1 genauer ausführen. Hinzu kommt, dass die Empfänger_innen des Geldes Teil kleinbäuerlicher Familienstrukturen sind, was gewisse Implikationen für die Distribution des Geldes hat. Für ein Todes-Opfer wurde im Jahr 2013 zwischen 20 und 24 Millionen Pesos ausgezahlt, also zwischen 5.500 und 7.000 Euro. Die Höhe der ausgezahlten Entschädigung orientiert sich dabei am gesetzlich festgelegten, monatlichen Mindesteinkommen, das jährlich angepasst wird und schwankt deshalb. Für Morde, Verschwindenlassen und Entführungen beträgt die Entschädigung

bspw. 40 monatliche Mindesteinkommen, für Vertreibung sind es bspw. 17 (Ministerio de Justicia 2011, Abs. 149). Um die Höhe des Betrages in ein Verhältnis setzen zu können: Das monatliche Gehalt eines Kongress-Abgeordneten im kolumbianischen Parlament entsprach im Jahr 2017 ebenfalls 40 monatlichen Mindesteinkommen. So erhalten bspw. Angehörige eines von Soldat_innen Ermordeten als Entschädigung für dieses Verbrechen das monatliche Einkommen eines Parlamentariers, Vertriebene nicht einmal die Hälfte.

Die Entschädigung kann aber nur einmal für jedes Todesopfer ausgezahlt werden, was wie G.T. andeutete, häufig zu innerfamiliären Konflikten führt. Die Bewohner_innen San José's berichten von Fällen, bei denen sich ganze Familien zerstritten hätten, sei es, weil einige Geschwister oder Kinder der Toten sich uneinig waren, ob die Entschädigung angenommen werden sollte, oder weil Angehörige gegen den Willen anderer die Zahlung akzeptiert hatte oder weil jemand die Zahlung annahm und seine Verwandten gar nicht erst über die ausgezahlte Entschädigung informierte oder weil über die Aufteilung des ausgezahlten Geldes Uneinigkeit herrschte. Der Bauer A.T. wies mich in einem Gespräch darauf hin, dass sich das Geld am Ende ziemlich schnell reduziere:

Das macht einen traurig, denn es gibt ein paar Familien, die die Entschädigung angenommen haben, aber weil es eine individuelle Entschädigung ist, reicht sie nicht lange. Zum Beispiel, wenn da eine Mutter mit fünf Söhnen ist, und sie das Geld für den ermordeten Vater aufteilen, dann bleibt für jeden vier Millionen Pesos [ca. 1.200,- Euro]. Wozu kann das nützlich sein? Die Leute geben das so schnell aus, sie merken nicht mal, dass es bereits weg ist. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Eine kleinbäuerliche Kernfamilie besteht im Schnitt aus acht bis zehn Personen. Hatte der Tote viele Geschwister und Kinder und leben seine Eltern vielleicht noch, bleibt von dem ausgezahlten Geld, sofern es zwischen allen Berechtigten aufgeteilt wurde, für jeden einzelnen so wenig übrig, dass sinnvolle Investitionen zur nachhaltigen Verbesserung des Lebensstandards (Land, Wohnraum etc.) nicht mehr machbar sind. Stattdessen wird das Geld häufig für Konsumgüter mit kurzfristigem Statussymbol ausgegeben. Ein Plasmafernseher ist bei den ländlichen Wohn- und Klimaverhältnissen aber nach kurzer Zeit wieder kaputt und hat die Lebenssituation nicht nachhaltig verbessert. Neben den innerfamiliären Konflikten führen individuelle Geldzahlungen an einzelne Familien aber auch in den Gemeinden und Dörfern zu Konflikten. In einem sozialen Milieu mit geringen Vermögenswerten, mit begrenzten Rücklagemöglichkeiten sowie ohne Spargewohnheiten schaffen solche individuellen Auszahlungen soziale Ungleichheiten zwischen verschiedenen Familien innerhalb ländlicher Gemeinschaften, die gewöhnlich von weniger großen Vermögensunterschieden gekennzeichnet sind.

Aus diesen Gründen traf man in der Vollversammlung den Entschluss, diese Form individueller Geldzahlungen nicht anzunehmen. Wie der Bauer G.T. bereits erwähnte, nahmen trotzdem viele Bewohner_innen der Friedensgemeinde, bis zum Jahr 2015 schätzungsweise 20 Familien, diese Entschädigungszahlungen an und mussten die Gemeinde daraufhin verlassen. Teilweise kam es zu dramatischen Situationen, wenn bspw. eine Frau die Entschädigung für einen ihrer ermordeten Verwandten angenommen hatte, aber ihr Mann dies ablehnte. In der Regel entschieden sich die Beteiligten in diesen Situationen für ihre Partnerschaft und verließen gemeinsam die Gemeinde. Es

gibt aber auch einen Fall, wo die Frau ausgetreten ist und der Mann nicht. Mit diesem Fall wurde insofern kreativ umgegangen, als dass der Mann und die Frau in zwei in unmittelbarer Nähe liegende Häuser gezogen sind, von dem eins auf dem Land der Friedensgemeinde lag und das andere nicht. Warum trotz der Diskussionen, die die Gemeinde intern hatte, und trotz des gemeinsamen Beschlusses der Vollversammlung doch viele Gemeindemitglieder bei der Opferentschädigung mitmachten, erklärte J.E. folgendermaßen:

Bei dem sogenannten Opfergesetz erhält die Person eine administrative Wiedergutmachung. Was passiert, ist Folgendes, zuerst werden die Opfer in eine ökonomische Situation gebracht, so dass sie quasi in der Misere leben, in der die Wiedergutmachung dann als beste Option erscheint. Die Leute haben keine Wahl. Aber am Ende geht die Person, die bei der administrativen Wiedergutmachung mitmacht, einen Pakt mit dem Tod ein. Sie legitimiert die Ungerechtigkeiten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn sie dir deine Mutter umgebracht haben und dein Vater noch lebt, und du dort mit Schrift und Siegel unterschreibst, dann verkaufst du nicht nur deine Mutter, sondern auch deinen Vater und dein eigenes Leben. Du legitimierst einen Staat, der dich umbringt und dafür ein bisschen Geld bezahlt. Mit anderen Worten, du unterschreibst einen Pakt mit dem Tod. Das ist die Entwürdigung der Menschheit. Bis wohin geht die Fähigkeit des Staates, die Leute zu unterwerfen? Das liegt aber auch an der fehlenden Einheit der Leute, dagegen anzukämpfen. Sie vergessen, dass das nicht nur gegen ihre Familie geht, sondern dass das Verbrechen gegen die Menschheit sind. Das darf man nicht legitimieren, niemals darf man dem Staat das Recht geben für Geld zu töten, genauso wenig wie man die Straflosigkeit in all diesen Verbrechen legitimieren darf. Das ist die fehlende Einheit und Solidarität der Leute untereinander. Die Leute gehen soweit, sich selbst zu dehumanisieren, wenn sie die Kadaver ihrer Mütter und Söhne verkaufen. Wenn ich in der Lage bin, die Kadaver meiner Verwandten zu verkaufen, dann habe ich meine Menschlichkeit verloren. (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

J.E. geht in seiner Argumentation über die rein pragmatischen Implikationen und Konsequenzen der Entschädigung weit hinaus und verweist auf eine moralische Dimension, die die Annahme der Zahlungen impliziert, und damit auch auf eine Gegenmoral, die die Gemeinde vertritt. Einerseits erläutert er, dass die meisten Opfer in einer sozio-ökonomischen Situation leben, die das Ablehnen von Geldzahlungen ungemein erschwert, ein Umstand, der in seinen Augen von den staatlichen Behörden ausgenutzt wird. Andererseits ermöglichen und legitimieren diejenigen, die die Entschädigungszahlungen annehmen, eine entwürdigende und dehumanisierende staatliche Praxis, die die Verantwortung für begangene Verbrechen mit der Auszahlung von Geld nicht übernimmt, sondern von sich weist, weil mit der Annahme des Geldes in der Regel eine juristische Aufklärung der Verbrechen, die in vielen Fällen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Gesellschaft als Ganzes betreffen, unterbunden wird. Auf diesen Punkt werde ich im folgenden Kapitel 4.1 noch einmal zurückkommen.

Indem die Friedensgemeinde Entschädigungszahlungen ablehnt, widersetzt sie sich der staatlich präferierten Form der Vergangenheitsaufarbeitung. Als Opfer staatlicher Verbrechen widerstehen ihre Mitglieder der ökonomischen Versuchung, Geld

anzunehmen und dafür auf Strafverfolgung zu verzichten. Dabei nutzten sie die Kategorie Opfer weiterhin als Selbstbezeichnung, um ihre Erfahrungen und die an ihnen begangenen Verbrechen zu kommunizieren, weisen aber die daraus resultierenden staatlichen Zuwendungen zurück. Einige Beobachter_innen kommen so zu dem Schluss, die Friedensgemeinde sei ein „dickköpfiges Opfer“ (Vgl. Tapia Navarro 2018). Tatsächlich brechen die Bewohner_innen lediglich mit dem typischen und dominanten Bild von Opfern als hilfsbedürftige und passive Empfänger_innen staatlicher Almosen, von welchen Dankbarkeit erwartet wird. In den Augen der Friedensgemeinde sind diese Entschädigungen unmoralisch, dienen weder der Wahrheitsfindung noch der Strafverfolgung, stellen keine Wiedergutmachung dar und provozieren neue Konflikte. Sie sind ein Instrument staatlicher Institutionen, um Opfer von staatlichen Verbrechen zu kooptieren und zu domestizieren, wogegen sich die Friedensgemeinde konsequent verweigert.

Tod Eduar Lancheros

Ein weiterer Rückschlag für die Friedensgemeinde, der sie zu demselben Zeitpunkt wie das Opfergesetz traf und indirekt auch den Anlass zu einer noch konsequenteren Sanktionierung der Regelverstöße innerhalb der Friedensgemeinde bot, in dessen Folge viele Gemeindemitglieder aus der Gemeinde austraten, war der Tod Eduar Lancheros, der im Jahr 2012 an einer Krebserkrankung verstarb. Noch einmal die Bedeutung Eduar Lancheros im Zusammenhang mit seinem Tod unterstreichend, erklärte mir der Bauer J.E. Folgendes:

P.N.: Und, der Tod von Eduar Lanchero, wie hat der die Gemeinde verändert, den Prozess, in dem ihr seid?

Ich glaube, der Tod Eduars ist ein großer Schmerz, nicht wahr? Für die Gemeindemitglieder wird er immer bleiben. Denn er war ein Mensch, der sich dazu entschieden hatte, alles aufzugeben und die Gemeinde zu begleiten. Er hatte studiert, um Anwalt zu sein, er hatte studiert, um Pfarrer zu sein, er hatte viele Möglichkeiten, aber er wollte nie Geld verdienen, sondern mit den Leuten arbeiten. Er war in vielen Konfliktzonen, um mit Gemeinden zu arbeiten. Als er in den Urabá kam, das war in der Woche, als wir vertrieben wurden. Sie kamen in einer Delegation, um eine Überwachung der Menschenrechte in der Zone zu machen. Er arbeitete bei Justicia y Paz und da lernten wir uns kennen. Wir redeten miteinander und am Ende traf er die Entscheidung, die Gemeinde zu begleiten. Er trat aus Justicia y Paz aus und entschied, zurück zur Gemeinde zu kommen und uns zu begleiten. Das war eine Geschichte von viel Arbeit und Hingabe. Mit all seinem Wissen hat er der Gemeinde sehr geholfen. Ich glaube, der Tod Eduars hinterlässt eine große Lücke. Das sind einzigartige Personen, unersetzbar. Die Lücke, die Eduar hinterlässt, ist riesig. (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

Damit verlor die Friedensgemeinde das einzige Mitglied, das nicht wie alle anderen aus einem kleinbäuerlichen Hintergrund kam und sich trotzdem dazu entschieden hatte, der Friedensgemeinde beizutreten. Zwar sind auch andere Personen aus anderen ländlichen Regionen Kolumbiens der Friedensgemeinde beigetreten, aber sie stammen alle aus ebenfalls kleinbäuerlichen Strukturen. Auf Grund seiner Bildung und Erfahrung,

seines städtischen Hintergrundes und seiner Kontakte hatte Eduar Lanchero eine besondere Position und Autorität in der Gemeinde. Was sein Ableben für die Gemeinde und ihre Bewohner_innen bedeutete, erklärte mir der Bauer G.T.:

P.N.: Und der Tod von Eduar Lanchero, wie hat der den Prozess der Gemeinde beeinflusst?

Das war ein schwieriger Moment, sehr schwierig für die Gemeinde, denn er war einer der wichtigsten Führer der Gemeinde. Er verliebte sich in den Prozess der Gemeinde und lief mit uns 15 Jahre lang. Er lief mit uns in den guten und in den schlechten Zeiten. Er musste mit uns alle Wege gehen, er litt mit uns, er half uns all das aufzubauen, was wir heute in der Gemeinde sehen. Und für uns war das ein harter Schlag, das war ein harter Schlag. Das war der Moment, in dem wir uns reflektierten und wir sagten: ‚Gut, wir werden uns an den Prinzipien packen und uns überprüfen, jeder einzelne sollte sich bewusst machen, schauen und überprüfen, wie wir intern aufgestellt sind und ob wir unseren Prinzipien treu sind, die Eduar uns half aufzustellen und die so wichtig sind inmitten dieses Konfliktes.‘ Und da begannen wir, seit dem letzten Jahr begannen wir eine innere Reinigung der Gemeinde vorzunehmen, genau hinzuschauen, welche Leute mit Reparationszahlungen oder dem Koka-Anbau zu tun hatten. Der Tod Eduars brachte uns zu einer internen Reflexion, mit Vollversammlungen und allem. Und die Vollversammlung sagte Folgendes: ‚Gut, das, was Eduar hinterlassen hat, ist wie ein Erbe, und wir müssen uns um dieses Erbe kümmern, denn wenn wir dieses Erbe zunichtemachen, dann könnte diese Gemeinde bald vernichtet sein. Also, wir müssen die Einheit suchen, uns gegenseitig unterstützen und auf diese Weise für dieses Erbe sorgen.‘ So begannen wir und das war hart, aber wir sagten, das ist unser Weg und wir müssen ihn weitergehen. Ja, wir kamen zu dem Schluss weiterzumachen, die Entscheidung war, keine Kehrtwendung zu machen. Wir machen weiter, trotz all der Bedrohungen, der Schläge und allem, was wir weiterhin erleben werden, aber wir werden nicht nachgeben. (G.T., 30.08.2013, San José de Apartadó)

Vor dem Hintergrund dieser Rückschläge, die die Friedensgemeinde seit dem Jahr 2005 mit dem Auszug aus dem Dorfkern San Josés und dem Austritt einer Reihe von Mitgliedern auf Grund des Koka-Anbaus und des Opfergesetzes zu verzeichnen hatte, stellte der Tod Eduar Lancheros den Anlass dar, um im Jahr 2012 eine Art Evaluation aller Mitglieder und ihrer Loyalität gegenüber den Regeln der Friedensgemeinde vorzunehmen. Die Gemeinde ging quasi in Klausur, zog sich eine Weile zurück, schränkte externe Besuche ein und versuchte sich auf ihren Kern zu besinnen – ihre Ziele, Prinzipien und Regeln. Als Konsequenz dessen wurde eine Vielzahl von Vollversammlungen abgehalten, in denen die Fälle von Mitgliedern, die sich am Koka-Anbau oder am Opfergesetz beteiligt hatten, diskutiert und sanktioniert wurden.

Bevölkerungsfuktuation und territorialer Einfluss

Wie sich in den voranstehenden Ausführungen bereits andeutet, ist die Mitgliederzahl der Friedensgemeinde über die Jahre nicht konstant, sondern gewissen Schwankungen ausgesetzt. Diese Schwankungen sind nicht leicht nachzuvollziehen, da, wie ich im Kapitel 2.1 schon erwähnte, die Personen der Friedensgemeinde, die ich interviewt habe,

keine Angaben zur Mitgliederzahl machen. Sie befürchten, dass die Herausgabe eines Bevölkerungszensus von den bewaffneten Gruppen für die Kontrolle der Bewohner_innen sowie für die Erstellung von Todeslisten missbraucht werden könnte. Die Friedensgemeinde musste allerdings beim Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof in San José (Costa Rica) die Anzahl der Mitglieder benennen, für deren Schutz der kolumbianische Staat angeordnet bekam, Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Anhand der Urteile und Urteilsbegründungen lassen sich die Mitgliederzahlen ungefähr nachverfolgen. Die Deklaration der Friedensgemeinde wurde 1997 von 650 Personen unterschrieben. In einem Urteil aus dem Jahr 2005 wird die Mitgliederzahl laut Angaben der Friedensgemeinde auf circa 1.200 Personen beziffert (Vgl. CIDH 2005, 12). In einem Urteil aus dem Jahre 2010 wird die Mitgliederzahl für das Jahr 2008 mit 816 Personen (Vgl. CIDH 2010, 4) und in einem Urteil aus dem Jahr 2017 für das Jahr 2016 mit 577 Personen benannt (Vgl. CIDH 2017, 5). Die Mitgliederzahl der Gemeinde hat sich also innerhalb der ersten zehn Jahre ihrer Existenz fast verdoppelt und bis zum Ende der zweiten zehn Jahre wieder halbiert. Die Gründe für diese Schwankungen sind vielfältig. Insbesondere für den Verlust an Mitgliedern sind sowohl die anhaltenden Repressionen, wie insgesamt etwa 230 Morde, mehr als 2000 Verletzungen des humanitären Völkerrechts und die konstanten Bedrohungen verantwortlich, aber auch die konsequenten Sanktionierungen von Regelverstößen, sei es des Alkoholkonsums, des Kokaanbaus oder der Annahme von Entschädigungszahlungen.

Gleichzeitig hat sich der territoriale Einfluss der Friedensgemeinde vergrößert. Das hat zum einen mit den bereits angesprochenen Wiederbesiedlungen der Weiler zu tun, von denen die Bewohner_innen zu unterschiedlichen Zeitpunkten vertrieben wurden. Einige dieser wiederbesiedelten Weiler, wie bspw. der von Mulatos, werden zu symbolisch aufgeladenen Orten, wie mir der Bauer G.T. erzählte:

Seit 2007 gehen wir wieder nach Mulatos. Im Jahr 2008 zogen wir mit einigen Familien wieder dorthin und arbeiten genau an dem Ort, wo 2005 das Massaker stattfand. Der Ort hat sich sehr verändert. Das war ein Ort, wo, man könnte sagen, die Feinde des Friedens ihre Morde praktizierten. Die Antwort der Gemeinde war zurückzukehren und Leben zu generieren, wo Kinder ermordet wurden. Diese Rückkehr nach Mulatos hat geholfen, dass auch andere Leute wieder zurückkamen, auch in die anderen Weiler wie Resbalosa. In Mulatos haben wir einen neuen Ort geschaffen und ihm den Namen ‚Weiler des Friedens Luis Eduardo Guerra‘ gegeben. Wir sind dort acht Familien und arbeiten zusammen. Wir wollen, dass dies ein Ort der Reflexion ist, von dem wir alle lernen sollten, lernen und verinnerlichen, was eine Friedensgemeinde ist. Die acht Familien, die wir dort sind, wir versuchen die Arbeiten zusammen zu machen und alles zu teilen, als wären wir eine Familie. Das ist die Idee des Friedensweilers, hier vertiefen wir das, was es heißt, eine Friedensgemeinde zu sein. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Darüber hinaus haben sich aber auch Bewohner_innen von Weilern, die zunächst nicht Teil der Friedensgemeinde waren, dazu entschieden sich ihr anzuschließen. Dies betrifft nicht nur Weiler, die im Einzugsbereich von San José de Apartadó liegen, sondern auch vier Weiler des benachbarten Landkreises Tierralta, der bereits zum Department Córdoba gehört. Die Friedensgemeinde erstreckt sich heute also über zwei Landkreise in

zwei unterschiedlichen Departments. Wie diese Beitritte der vier Weiler auf der Seite Córdobas zu Stande kam, darüber berichtete mir ebenfalls G.T., der, nachdem er 2008 den Weiler Mulatos wiederbesiedelt hatte, unmittelbar in den Beitritt der neuen Weiler involviert war:

Ja, wir sind weniger geworden, aber trotzdem auch gewachsen. Als wir die Rückkehr nach Mulatos machten, kamen auch die Leute nach Resbalosa wieder, und von dort wuchsen wir Richtung Córdoba, dort haben wir jetzt vier neue Weiler.

P.N.: Wie war das eigentlich? Wie kam es dazu, dass sie sich euch anschlossen? Wie lief der Prozess?

Als wir hier wieder herkamen, suchten mich die Leute von der Resbalosa auf: Wie das mit der Friedensgemeinde sei, wollten sie wissen. Sie waren bereits gut organisiert. Es war J.G. [zum Zeitpunkt des Interviews der Koordinator der Wirtschaft], der zu mir kam und wir redeten eine Stunde, bis ich ihm sagte: ‚Wenn ihr wollt und überlegt, können wir eine Versammlung machen mit den Leuten aus Resbalosa. Und wenn ihr euch der Friedensgemeinde anschließen wollt, dann machen wir ein paar Workshops, erklären euch, was die Prinzipien und Regeln der Gemeinde sind und wir geben euch Zeit, damit ihr das alles analysieren könnt. Und wenn es euch überzeugt, tretet ihr in die Gemeinde ein, und wenn nicht, dann nicht.‘ Ihr entscheidet frei, ob ihr eintretet oder ob ihr eben nicht Teil sein wollt. Das wird respektiert.

P.N.: Aber J.G. ist doch aus Resbalosa, war die nicht schon vorher Teil?

Nein, schau erst ab 2008, vorher war da eine humanitäre Zone. Also gut, einen Monat, nachdem die Integration der Resbalosa in die Friedensgemeinde bekannt gemacht wurde... J.G. hat Familie und Geschwister, Schwager und Neffen in Córdoba und brachte die Idee der Gemeinde dort hin: ‚Warum organisiert ihr euch hier nicht auch? Schaut, das ist eine gute Sache, genau das haben wir gesucht.‘ Und stimmt, er überzeugte die Leute und sie baten darum, dass wir hinkämen für eine Versammlung. Wir gingen und daraus folgten vier neue Siedlungen dort. Dort gibt es verschiedene Familien, die Teil der Friedensgemeinde sind. Sehr gute Leute, sogar Leute, die Koka angebaut hatten und damit aufhörten, nur um Teil der Friedensgemeinde zu sein und die Prinzipien zu erfüllen. Also, da hat sich viel verändert.

P.N.: Und wie viele Familien sind das in Córdoba?

Ich glaube, das sind 15 bis 20 Familien in den vier Siedlungen, das sind nicht viele, aber Leute, die das sehr ernst nehmen, das ganze Thema der Friedensgemeinde. Sehr ernste Leute, mit denen man arbeiten kann. Also, man kann sagen, auf der einen Seite sind wir weniger geworden, aber auf der anderen Seite auch gewachsen, wir haben uns im Territorium ausgebreitet. (G.T., 30.08.2013, San José de Apartadó)

Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde bedauern die Austritte von Mitgliedern. Einige Personen werden explizit vermisst, über den Austritt anderer immer noch Unverständnis geäußert, insbesondere dann, wenn es sich um ehemalige Führer_innen handelt, die bspw. die Opferentschädigung angenommen haben. An manchen Orten der Gemeinde sind die Austritte deutlicher zu spüren, dort sind einige sogar frustriert, dass sie nur noch so wenige sind. Als Kriterium für die Entwicklung der Friedensgemeinde geben die Bewohner_innen der Mitgliederzahl eine weitaus geringere Bedeutung als es externe Beobachter_innen vielleicht geneigt sind zu tun. So sind bspw. für

sie die Etablierung des Kakao-Exports, die Wiederbesiedlung verlassener Weiler oder der Beitritt neuer Weiler genauso wichtige Kriterien, wenn auch nicht so augenscheinliche.

Als ich bspw. im Jahr 2013 das erste Mal nach fünf Jahren Abwesenheit wieder in der Gemeinde war, fragte ich unterschiedliche Bewohner_innen nach den Veränderungen seit dem Jahr 2008. Zu meiner Überraschung standen bspw. für den Bauern J.E. erstmal ganz andere Entwicklungen als die eben ausgeführten Rückschläge, Handelsblockaden und Austritte im Vordergrund:

P.N.: Gut, was glaubst du waren die wichtigsten Veränderungen oder Entwicklungen in der Gemeinde in den letzten fünf, sechs Jahren?

Also mal sehen, ich glaube in den letzten sechs Jahren haben wir viel erreicht, oder? Diesen neuen Dorf kern hier konstruieren zu können, nach zwei Vertreibungen. Die Schule konstruieren zu können, das Gesundheitszentrum, den kleinen Sportplatz, Häuser für jede Familie. Die Maschinen bekommen zu haben, um den Kakao zu verarbeiten, um die Früchte zu verarbeiten, die Konstruktion des Agrar zentrums. Alles, was wir mit dem Agrarzentrum erreicht haben, wie die biologische Zertifizierung und auch die Zertifizierung für den fairen Handel. In dem Projekt der alternativen und autonomen Bildung in der Gemeinde vorangekommen zu sein, ich glaube, das waren alles große Herausforderungen, die wir bewältigt haben. Die Zertifizierungen, diese Exporte zu ermöglichen, das haben nur wenige Gemeinden geschafft. Ich glaube, es gibt viele Dinge. Am Ende ist es das, oder? Eine organisatorische Arbeit, eine Lobbyarbeit auf internationalem Niveau aufrecht zu erhalten, in Europa und den Vereinigten Staaten, sodass von dort der Prozess der Gemeinde hier gestärkt wird. Und der Welt jedes Mal mehr die Ungerechtigkeiten in Kolumbien zeigen zu können. Wir waren im europäischen Parlament in Brüssel oder im Kongress der Vereinigten Staaten in Washington. Wir konnten viele Universitäten besuchen, mit Akademikern reden und mit Jugendlichen aller Jahrgänge, Abiturienten, Studierenden, in Grundschulen und weiterführenden Schulen. Es gibt viele Erfolge trotz der großen Herausforderungen. Das gibt auch eine Vision, dass es Möglichkeiten gibt, viele Dinge zu tun, wenn man sich dazu entscheidet und gewillt ist, sie zu tun. Auch die Nominierung für den Sacharow-Preis der Europäischen Union, ich glaube, das war auch ein Erfolg. Wir haben ihn nicht bekommen, aber wir waren unter den letzten Kandidaten und das ist schon ein großer Schritt. Dass eine so kleine Gemeinde die Anerkennung auf internationaler Ebene erhält, ist ein großer Erfolg. Die Gemeindepartnerschaften, die wir in Europa erreicht haben, in Italien, in Spanien. Die Gemeinde, also ökonomisch und politisch haben wir uns gut entwickelt. Aber wie ich gesagt habe, allein den Prozess der Gemeinde inmitten all dieser Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten, ist schon ein großer Erfolg. (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

Ohne Zweifel hörte sich dies nach einer Liste bemerkenswerter Erfolge an. Ihn daraufhin auf die negativen Entwicklungen hinweisend, fragte ich J.E., ob man allgemein von einer Stärkung oder Schwächung der Gemeinde sprechen könnte, woraufhin er eine Bilanz zog, die verrät, dass von der Gemeinde selbst nicht alle vermeintlich negativen Entwicklungen so negativ interpretiert werden, wie vielleicht von mir als außenstehenden Beobachter:

P.N.: Wenn du auf die letzten fünf Jahre zurückschaust, hat sich der Prozess der Gemeinde gefestigt, geschwächt oder blieb er gleich?

Also mal sehen, das ist ein bisschen schwer. Zu sagen, weil wir weniger sind, klar, weil einige umgebracht wurden, aber weil sich auch einige von den staatlichen Projekten haben überzeugen lassen, also wir sind weniger, das ist klar. Aber zu sagen, das ist die Bilanz, ist schwierig. Denn das hängt doch sehr von der Klarheit der Leute ab. Es scheint doch so, dass einige Personen in der Gemeinde waren, die die Ziele nicht verstanden haben. Warum waren sie dann drinnen? Waren sie drinnen, um Unruhe zu stiften? Waren sie dann überhaupt drinnen? Also zu sagen, wir machen Rück- oder Fortschritte, da würde ich eher sagen, wir halten uns, mit weniger Leuten, aber mit mehr Klarheit. Es scheint, als sei sowas nicht für viele Leute. Mein Großvater sagte immer, einige Sachen sind nicht für viele, sondern für Mutige. Das heißt, das ist für Leute, die wissen, was sie tun und eine klare Verbindlichkeit eingehen. Denn wenn du hier bist, um Unruhe zu verbreiten, dann ist es vielleicht besser, du bist nicht hier. In dem Sinne hat sich der Prozess konsolidiert und auch die Personen, die in ihm sind. Deshalb ist die interne Arbeit, die Bildung so wichtig, damit sich jede Person in der Gemeinde Klarheit verschafft. Wenn irgendeine Person in der Organisation ist und Dinge tut, die sie gar nicht will, dann sollte sie sich entscheiden. Ich glaube, der Prozess hält sich, und dass wir jetzt weniger sind, heißt nur, dass die wenigen mehr Klarheit hatten, und der Rest hier war, um Vorteile zu nutzen. Wir werden sehen, wie lange wir das so machen können. (J.E., 24.08.2013, San José de Apartadó)

Viele Bewohner_innen sagten mir zu unterschiedlichen Gelegenheiten, dass es nicht ihr Ziel sei, zu wachsen, größer zu werden und immer mehr Mitglieder zu bekommen. Der Bauer G.T. meinte einmal zu mir während eines Aufstiegs nach Mulatos, es sei ihm viel wichtiger, dass diejenigen, die an dem Prozess der Friedensgemeinde teilnahmen, auch wirklich dahinterständen. Es bringe ihnen nichts, eine Menge Leute zu sein, aber einen Haufen Probleme zu haben, weil sich zu wenige an die Regeln hielten.

Gewalttransformation und Friedensprozess

Die Entwicklungen der letzten Jahre in San José de Apartadó waren und sind, wie sicherlich in vielen Konfliktregionen Kolumbiens, beeinflusst von dem Friedensprozess zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC. Doch auch schon vor dem Beginn der Verhandlungen im Jahr 2012 hatte sich die politische Gewalt in der Region verändert und die gewaltsamen Strategien gegen die Friedensgemeinde hatten verschiedene Formen angenommen. Bereits im Jahr 2008 sagte mir die Bäuerin M.B. dazu Folgendes:

Also, die Verfolgung hält an, auch wenn es jetzt keine Massaker mehr sind. Es haben sich die Strategien verändert. Zurzeit sind es selektive Morde und juristische Verfahren und die Drohungen, dass sie die Gemeinde auslöschen werden. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Aus der Perspektive der Bewohner_innen der Friedensgemeinde gibt es in den letzten 20 Jahren eine Ausdifferenzierung der Strategien, die gegen sie eingesetzt wurden: Ange-

fangen bei massiven Massakern, selektiven Morden und Vertreibungen, durch die die Gemeinde physisch zerstört werden sollte, über juristische Verfolgungen und (inter-)nationale Stigmatisierungen, durch die ihr Ruf geschädigt werden sollte, bis hin zu sozialen Investitionen und Entschädigungszahlungen, die die Gemeinde spalten sollte. So erklärte mir der Bauer G.G., der gesetzliche Repräsentant der Friedensgemeinde im Jahr 2015:

Ich glaube, die Situation hat sich verändert und gleichzeitig irgendwie nicht. Auf der einen Seite gibt es keine Massaker mehr, die Morde werden weniger, es gibt hier nur noch selten Vertreibungen. Aber das hat sich vor allen Dingen deshalb geändert, weil es eine hohe paramilitärische Kontrolle im sozialen und ökonomischen Bereich gibt. Na, und weil sie gesehen haben, dass sie damit die Gemeinde nicht zerstören. Also änderten sie die Strategie und begannen die Leute zu kaufen, mit Wohlfahrtsprogrammen und Netzen von Informanten. Also ich glaube, die Situation ändert sich, aber nicht in dem Sinne, dass sie nun die Gemeinde oder andere soziale Organisationen respektieren, sondern weil sie gesehen haben, dass sie sie mit Waffen und Morden nicht zerstören konnten. Die Situation hat sich auch geändert, weil man keine Massaker mehr einfach so machen kann, ohne eine nationale oder internationale Reaktion zu verursachen. Momentan gehen nur einzelne Morde. Aber dafür haben sie begonnen mit der Strategie der Stigmatisierungen und Verleumdungen. Die 17. Brigade, der Oberst Germán Rojas Díaz, die kaufen hier Leute und bezahlen sie für falsche Zeugenaussagen, damit sie sagen, dass die Führer der Friedensgemeinde Guerilleros seien und sagen, dass die Friedensgemeinde illegale Sachen mache. Das ist eine Strategie, um auf internationaler Ebene zu zeigen, dass wir eine Gemeinde von Guerilleros seien und es keinen Sinn mache, uns zu unterstützen. Na und, jetzt gibt es auch die Netze der Informanten, das heißt, sie kaufen Leute, damit sie mit ihnen zusammenarbeiten. Sie bezahlen Bauern, damit sie ihnen Informationen geben, aber auch um den Raum für paramilitärische Investitionen zu öffnen. So dringt der Paramilitarismus weiter vor. Die Paramilitärs arbeiten im Interesse vieler reicher Leute im Urabá, sie kaufen Land, waschen Geld mit Viehhaltung, und das machen sie hier und jetzt. Das ist verdammt hart und gefährlich, weil sie sich viele Ländereien aneignen. Für uns als Gemeinde ist diese Strategie sehr beunruhigend, zumal die 17. Brigade nicht einschreitet. Sie lässt die Paramilitärs und die großen Drogenhändler das Land dieser Zone kaufen. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Obwohl die politische und direkte Gewalt in dieser beschriebenen Entwicklung zurückgeht, empfinden die Bewohner_innen der Friedensgemeinde die ausdifferenzierten Strategien, die ihren (inter-)nationalen Ruf, ihren Landbesitz und ihren internen Zusammenhalt zum Ziel haben, als nicht weniger bedrohlich.

Diese Entwicklungen sind der Hintergrund, vor dem die Bewohner_innen der Friedensgemeinde die Friedensverhandlungen, die seit dem Jahr 2012 in Havanna stattfanden, einordneten und beurteilten. Während meiner diversen Forschungsaufenthalte stand dieser Prozess an unterschiedlichen Stellen seiner Entwicklung, die sich natürlich auch auf der lokalen Ebene widerspiegeln. Im Jahr 2013, als die Verhandlungen in Havanna noch ganz am Anfang standen, stockten alle bewaffneten Akteure in der Zone, also sowohl die FARC als auch die Paramilitärs sowie das Militär, ihre Truppen auf. Die

FARC musste offenbar gerade am Anfang der Verhandlungen ihre militärische Stärke demonstrieren, um die Verhandlungsnotwendigkeit zu bestätigen und den Druck für die Regierung hoch zu halten, was sich in einer Vielzahl von bewaffneten Aktionen zeigte. Zwei Wochen vor meiner Ankunft 2013 detonierte mitten im Dorfkern von San José de Apartadó ein Sprengsatz, wobei mehrere Soldat_innen ums Leben kamen und verletzt wurden. Es kam wöchentlich zu mehreren Gefechten zwischen der FARC und dem Militär, zu willkürlichem Maschinengewehrbeschuss der Hügel der Serranía de Abibe aus Militärhubschraubern heraus und zu einer Vielzahl von Straßensperren und Militärkontrollen. Diese Situation sollte sich bei meinem nächsten Forschungsaufenthalt zwei Jahre später stark verändert haben.

Im Jahr 2013 änderte sich plötzlich auch der Ton staatlicher Institutionen auf nationaler Ebene gegenüber der Friedensgemeinde. Die Friedensgemeinde hat nach ihrem symbolischen ‚Abbruch‘ der Beziehungen vier Forderungen an die Regierung gestellt, die erfüllt sein müssten, damit sie wieder Beziehungen zum ‚Staat‘ aufnehme (diese werden im Kapitel 4.2 noch einmal ausführlicher Erwähnung finden). Eine Forderung beinhaltete eine öffentliche Veranstaltung unter Teilnahme der Friedensgemeinde, auf der der damalige Präsident Santos die Stigmatisierungen und Anschuldigungen seines Amtsvorgängers Uribe, der nach dem Massaker von Mulatos Gemeindemitglieder beschuldigte, Unterstützer_innen der FARC zu sein, zurücknehmen sollte. Diese Forderung wurde vom Verfassungsgericht aufgenommen und explizit unterstützt, das in dem Urteil 164/2012 den Präsidenten dazu aufforderte, diese Veranstaltung gemeinsam mit der Friedensgemeinde zu planen und umzusetzen (Vgl. Corte Constitucional 2012). Um diese Forderung gab es in der zweiten Jahreshälfte 2013 einige Diskussionen, die Veranstaltung wurde mehrfach geplant, mehrfach von staatlicher Seite verschoben, schließlich vom Innenminister durchgeführt, woraufhin sie die Gemeinde boykottierte. Am Ende entschuldigte sich der damalige Präsident Santos während einer öffentlichen Veranstaltung am 10. Dezember 2013 bei der Friedensgemeinde für die Verleumdungen seines Vorgängers. Die Friedensgemeinde begrüßte diese Entschuldigung in einem Kommuniqué, zeigte sich aber einerseits verwundert, warum sie von dieser Veranstaltung aus den Nachrichten erfahre und wies andererseits daraufhin, dass, gleichzeitig mit der Entschuldigung, der Kommandant der 17. Brigade über lokale Radiosender in Apartadó fortfuhr, sie der Zusammenarbeit mit der FARC zu beschuldigen (Vgl. Burnyeat 2018, 156–57). Als der Präsident auf einer Pressekonferenz nach seiner Entschuldigung sagte, dass solch öffentliche Entschuldigungen Teile eines Post-Konfliktszenarios seien, bekam die Friedensgemeinde endgültig den Eindruck, dass es bei dieser Entschuldigung weniger um ihren Fall ging, als darum, sie für den Wahlkampf der im Sommer 2014 anstehenden Präsidentschaftswahlen einzubinden (Vgl. El Tiempo 2013). Trotzdem kam es in diesem Zusammenhang zu mehreren Treffen und Verhandlungen zwischen der Friedensgemeinde und der nationalen Regierung, denen noch weitere Begegnungen folgen sollten.

Bei meinem nächsten Aufenthalt im Jahr 2015 waren erste Teilabkommen zwischen der FARC und der Regierung geschlossen. Es gab bereits mehrere Waffenstillstände, die von beiden Seiten eingehalten wurden und als vertrauensbildende Maßnahmen ihren Zweck erfüllten. Diese Entwicklungen zeigten sich natürlich auch vor Ort in der Serranía de Abibe. Während die FARC ihre militärische Präsenz in der Zone reduzierte,

erhöhte sich schon während der Verhandlungen die Kontrolle durch paramilitärische Gruppen, wie mir der Bauer A.T. im Jahr 2015 erklärte:

P.N.: Wie ist die Präsenz illegaler bewaffneter Gruppen in diesem Moment der Verhandlungen?

In dieser Zone ziemlich massiv. Die Paramilitärs haben verschiedene Strategien: Eine ist auf der militärischen Ebene. Sie haben eine militärische Präsenz in spezifischen und strategischen Gegenden. Alles Richtung [des Weilers] Arenas Bajas, da haben sie eine starke militärisch-physische Präsenz. Aber das andere ist über ökonomische Projekte, wie zum Beispiel in La Hoz, wo sie einen neuen Weiler gebaut haben mit 50, 60 Wohnhäusern. Die Paramilitärs haben dort einen großen Weiler gebaut. Das ist eine Form, Leute zu gewinnen. Die Paramilitärs bauen einen Weiler und geben ihn den Leuten. Die Leute sagen: ‚Ah, die Paramilitärs sind in Ordnung, schaut, sie haben uns ein Haus gegeben. Ah, und jetzt haben sie eine Straße gebaut, schaut.‘ Ja, so machen sie es, und die Leute glauben, dass sie das zum Wohl der Leute tun, aber die Strategie ist eine andere. Auf diese Weise gewinnen die Paramilitärs die Leute für sich und beginnen sie zu dominieren, Stück für Stück. Oder wenn sie hier eine Straße konstruieren, dann machen sie das nicht zum Wohl der Bauern, die hier leben, sondern zum Wohl der Unternehmen, die die Minen in diesem Gebiet ausbeuten werden. Was sie in La Esperanza und La Hoz gemacht haben, ist eine Strategie, um die Kohleminen dort ausbeuten zu können. Also diese Straße, das ist verrückt... In der Epoche der Kolonisierung Südamerikas, Kolumbiens und dieser Zone, da kamen die Spanier mit Spiegeln. Und hui, darin kann man sich ja sehen und die Leute dachten, das sei etwas sehr Magisches, dass man sich darin sehen konnte. Also tauschten sie das Gold gegen Spiegel. Dasselbe passiert hier, die Leute tauschen den Reichtum, den es hier gibt, dafür, dass jene eine Straße bauen. Das ist verrückt, oder? Aber es ist die Form, wie die Paramilitärs hier präsent sind, wie sie soziale Kontrolle ausüben, wie sie die Leute dominieren, mit solchen Projekten, die direkt von den Paramilitärs vorangetrieben werden.

P.N.: Und hat sich die Präsenz der Guerilla mit den Verhandlungen in Havanna verändert? Merkt man das hier auf irgendeine Weise?

Irgendwie ist die Guerilla weiterhin in der Zone. Irgendwie wollen sie Widerstand gegen diesen paramilitärischen Vormarsch leisten, aber das ist ein Widerstand, den man nicht versteht, denn der endet in Allianzen zwischen den Paramilitärs und der Guerilla. Sie haben ökonomische Vereinbarungen, militärische Vereinbarungen, soziale Vereinbarungen. Also, was ist das? Man fragt sich, wie das funktioniert. Ich verstehe es nicht. Die Sache ist, dass die Guerilla präsent ist in der Zone. Aber man sieht zurzeit nie Gefechte mit den Paramilitärs. Da muss es doch irgendeine Abmachung geben, das kann doch nicht sein. Sie haben eine starke Präsenz, in dem Sinne, dass immer noch viele Leute unter ihrer Kontrolle stehen. Sie kontrollieren Leute, indem sie sie zu bestimmten Arbeiten verdonnern, Wege reparieren, solche Sachen. Es gibt einen großen Druck, sie versuchen die Leute stark zu beeinflussen. Die Leute, die nicht mitarbeiten, müssen sogar eine Strafe bezahlen. Die Paramilitärs in der Gegend um Nuevo Antioquia [Landkreis Turbo nördlich von San José de Apartadó] machen das ganz ähnlich. Also viele Leute sind weiterhin unter der Kontrolle dieser bewaffneten Akteure. Was neu ist und auch ein bisschen komisch, das ist zurzeit die Sache mit dem einseitigen

Waffenstillstand. Es scheint, als hätten sie sich mit dem einseitigen Waffenstillstand ein wenig zurückgezogen. Sonst hörte man immer, dass die Leute sagten: ‚Ah, sie sind an dem Ort vorbeigekommen, ah, sie sind den Weg auf der Seite entlang gegangen.‘ Aber zurzeit hört man nichts. Man weiß nicht, ob sie sich nur nicht sehen lassen oder ob sie sich in einen anderen Teil zurückgezogen haben. Ich könnte mir vorstellen, dass die Befehlshabenden ihre Truppen irgendwo zusammengezogen haben, wer weiß wofür, vielleicht bilden sie sie weiter oder bereiten sie auf irgendwas vor. Warum? Na ja, wenn es keinen Waffenstillstand gibt, sind sie immer auf ein Gefecht vorbereitet, sie sind dann auf der Mission zu kämpfen und zu töten. Aber wenn sich der Krieg ändert, müssen sie sich irgendwie auch ändern, sie können dann nicht kommen, um zu töten. Sie müssen ihren Stil ändern, sozialer und respektvoller werden. Sie müssen andere Anweisungen bekommen. Aber vielleicht sind sie auch einfach irgendwo ruhig und zurückgezogen, um Begegnungen mit dem Militär zu vermeiden. Sie wollen keine Begegnungen und Gefechte riskieren, um sich dann vorhalten lassen zu müssen, den einseitigen Waffenstillstand nicht einzuhalten. Es könnte auch sein, dass es deshalb so ruhig ist. Jedenfalls gibt es seit dem einseitigen Waffenstillstand kein einziges Gefecht mehr. Das Risiko ist minimal. Die Zone scheint ruhig zu sein. Als es den Waffenstillstand vom Ende letzten Jahres bis in den Mai gab, war das genauso. Da gab es kein einziges Gefecht. Aber als sie diesen aufhoben, kam es sofort überall und ständig zu Gefechten. Da wurde gleich ein Mädchen angeschossen, es kam zu Bombardierungen, alles. Jetzt haben sie wieder einen Waffenstillstand deklariert und alles ist ruhig. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Während die paramilitärischen Gruppen ihre militärische und soziale Kontrolle im Jahr 2015, u. a. auch durch Infrastrukturprojekte, ausbauen konnte, hatte die FARC ihre Präsenz bereits zu ändern begonnen. Als militärischer Akteur war sie kaum noch sichtbar, man sah keine Truppenbewegungen und die von der FARC einseitig deklarierten Waffenstillstände wurden konsequent eingehalten, weshalb sich Gefechte in der Region stark reduzierten. Dafür versuchte sie ihre soziale und politische Kontrolle zu behalten bzw. auszubauen: Nicht bewaffnete Mitglieder der FARC hielten unter der Bevölkerung, die keine Mitglieder der Friedensgemeinde waren, Versammlungen ab, informierten über die bereits bestehenden Vereinbarungen des Friedensvertrages und organisierten in den Weilern, die keine hatten, die *Juntas de Acción Comunal* neu. Gleichzeitig gab es allerdings Vereinbarungen zwischen den paramilitärischen Gruppen und der FARC, die insbesondere die Produktion und den Handel von Kokain betrafen, dessen unterschiedliche Wertschöpfungsschritte in der Zone sich die beiden illegalen Akteure zu diesem Zeitpunkt teilten.

Während die Bewohner_innen der Friedensgemeinde den Friedensverhandlungen im Jahr 2013 sehr skeptisch gegenüberstanden und nur wenig Vertrauen in die Intentionen der beiden verhandelnden Parteien hatten, standen sie den Verhandlungen im Jahr 2015 etwas optimistischer gegenüber. Diese Entwicklung bestätigte auch der gesetzliche Repräsentant der Gemeinde, der Bauer G.G., in einem Gespräch im Jahr 2015:

P.N.: Die FARC und die Regierung sind zurzeit in Friedensverhandlungen, wie sieht die Gemeinde diese Friedensverhandlungen?

Also gut, wir als Friedensgemeinde waren an einen Punkt, an dem wir gesagt haben,

wir glauben nicht an diese Verhandlungen. Denn während sie dort verhandelten, werden hier die Ressourcen in vielen Teilen des Landes privatisiert, es werden weiterhin Straftaten begangen, die Ermordungen gehen weiter und die bewaffneten Auseinandersetzungen auch. Aber am Ende sagten wir, wenn sie jetzt dort in Havanna sitzen, dann ist es, weil Waffen keinen Frieden schaffen. Frieden wird geschaffen durch eine endgültige Entscheidung und Absprache, ein Leben ohne Waffen zu führen, ein ziviles und soziales Leben. Das sieht man doch sehr klar, seit vielen Jahren ist Kolumbien in einem Krieg und die Regierung ist nicht in der Lage die FARC zu besiegen. Dass sie nun zusammensitzen, ich glaube, das ist ein Fortschritt für das kolumbianische Volk, das wissen möchte, was in all diesen Jahren passiert ist. Die Verantwortung trägt die Regierung, und die Verantwortung trägt die FARC. Und auch, wenn wir nicht glauben, dass es Frieden geben wird, haben diese Verhandlungen dem kolumbianischen Volk, den Opfern die Möglichkeit gegeben, diesen beiden Delegationen der Regierung und der FARC zu sagen, wie wir glauben, dass der Frieden in Kolumbien gelebt werden sollte. Auch wir Opfer haben eine Stimme, nicht nur diese Leute, die die Mörder waren und die Macht in Kolumbien sind und nun über einen definitiven Frieden für Kolumbien sprechen. Sie sind die Verantwortlichen dieses internen Konfliktes in Kolumbien. Also kamen wir dazu zu sagen, also gut, es ist immerhin ein Schritt. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Auch wenn die Friedensgemeinde mit den Friedensverhandlungen nicht die Hoffnung verbunden hatte, zukünftig in Frieden zu leben, so sah sie diese jedoch als eine positive Entwicklung. Die Friedensgemeinde beteiligte sich sogar an den Friedensverhandlungen, in dem sie eines der 60 ausgewählten Opfer stellte, die in Vertretung der acht Millionen anerkannten Opfer des kolumbianischen Konflikts nach Havanna fuhren und dort von den beiden Verhandlungsdelegationen angehört wurden. Diese Begegnung, die der Repräsentant der Friedensgemeinde G.G. in Havanna mit den beiden Delegationen hatte, werde ich im Kapitel 5.1 genauer thematisieren.

Während meines letzten Aufenthaltes im Jahr 2017 war der Friedensvertrag bereits unterschrieben. Die FARC hatte ihre 5. und 56. Front, die in der Zone operierten, u.a. in einem Demobilisierungszentrum im Weiler Gallo des Nachbarlandkreises Tierralta demobilisiert. Nach der Demobilisierung der FARC hat die paramilitärische Gruppe AGC ihre Präsenz ausgebaut und die militärische, soziale und ökonomische Kontrolle der Zone übernommen. Zum Zeitpunkt meines Aufenthaltes 2017 bezahlten die Paramilitärs ein Netz an Spitzeln, tauschten die noch von der FARC neu organisierten *Juntas de Acción Comunal* aus und untersagten den Bewohner_innen der Region, die nicht Mitglieder der Gemeinde waren, den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Friedensgemeinde. Gleichzeitig nahmen die direkten Bedrohungen der Gemeindemitglieder durch die AGC wieder zu und mündeten in dem im Prolog dieser Arbeit wiedergegebenen Überfall.

Nach der Demobilisierung der FARC wurde darüber hinaus erst spürbar, bis in welche Bereiche des alltäglichen Lebens ihre Kontrolle gereicht hatte. Während die FARC den Koka-Anbau in der Zone auf maximal einen Hektar pro Familie begrenzt hatte, animierte die AGC die Bäuer_innen, den Koka-Anbau zu intensivieren und auszubauen. Während die FARC lediglich den Verkauf von Land und den Koka-Handel besteu-

ert hatte, begann die AGC Steuern auf alle ökonomischen Transaktionen in der Zone zu erheben und Abgaben von allen Besitzer_innen eines kommerziellen Geschäftes zu verlangen. Während die FARC versucht hatte, die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte der Bäuer_innen zu stützen, sind die landwirtschaftlichen Preise in dieser Zone seit ihrer Demobilisierung eingebrochen. Diese einzelnen Entwicklungen haben eine kumulative Wirkung, die für die Bewohner_innen der Zone katastrophal ist. Durch den Preissturz bei den landwirtschaftlichen Produkten bei der gleichzeitigen Zunahme der illegalen Steuerlast wächst offensichtlich der ökonomische Druck auf die Kleinbäuer_innen und damit die Motivation, in den illegalen Koka-Anbau einzusteigen. Koka war im Jahr 2017 für die meisten Bäuer_innen der Zone, die keine Mitglieder der Friedensgemeinde sind, das einzige landwirtschaftliche Produkt, welches noch ein finanzielles Einkommen generieren konnte. Darüber hinaus nahmen Gewalt- und Kriminalitätsformen zu, die die FARC während der Zeit ihrer regionalen Kontrolle stark sanktioniert hatte, wie bspw. geschlechterbasierte Gewalt oder allgemeine Kriminalität. Obwohl die Friedensgemeinde wiederholt die prekäre Situation der öffentlichen Ordnung seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages publik gemacht und staatliche Institutionen darauf hingewiesen hat, bestreiten lokale, regionale und nationale staatliche Institutionen, dass es in der Zone überhaupt eine paramilitärische Präsenz gebe.

Die Geschichte der Friedensgemeinde, von ihrer Gründung bis zu meinem Forschungsaufenthalt im Jahr 2017, lässt sich, wie gezeigt, in zwei Perioden einteilen. Während ihre Bewohner_innen in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz (1997-2007) massiven Bedrohungen und Verfolgungen durch alle (il-)legalen bewaffneten Gruppen ausgesetzt waren, werden die Strategien und Maßnahmen, die ihre Bewohner_innen in der zweiten Hälfte ihrer Existenz (2007-2017) erlebten, subtiler und differenzierter. Das Agieren der Friedensgemeinde über diese beiden Perioden hinweg, ist wiederum gekennzeichnet von einer konsequenten Einhaltung und Verfolgung ihrer Prinzipien und Ideen sowie von einer bemerkenswerten organisatorischen Flexibilität in Bezug auf die Anpassung von Regeln und Praktiken an die sich permanent ändernden Konfliktbedingungen in der Serranía de Abibe. Vor dem Hintergrund der mittlerweile mehr als zwei Jahrzehnte anhaltenden Erfahrungen als Friedensgemeinde und der mehr als fünf Jahrzehnte anhaltenden Erfahrungen der Bewohner_innen der Zone von San José de Apartadó mit der selektiven Präsenz staatlicher Institutionen und dem Handeln eines ‚klientelisierten Staates‘, der private Interessen vor die öffentlichen stellt, blicken die Bewohner_innen der Friedensgemeinde skeptisch in die vermeintlich friedliche Zukunft, worauf ich im Kapitel 5.1 noch einmal zu sprechen komme.

3.4. Theoretische Synopse: Handlungsmöglichkeiten ländlicher Gemeinden

Ziel dieses Kapitels war es, in einer ‚Ethnographie einer kleinbäuerlichen Organisation‘, eine differenzierte, dichte und lebendige Beschreibung der Entstehung, Funktion und Entwicklung der Friedensgemeinde San José de Apartadó zu geben, um analog zum zweiten Kapitel abschließend die Frage zu beantworten, welche Handlungsmöglich-